



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 1 (1931)

16 (18.4.1931)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-252927](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-252927)

Einlg. 18 APR. 1931

Nr. 16
Jahrg. 1

Offizielles Partei-Organ
Das Stenogramm-Banner erscheint wöchentlich und liefert monatlich ohne Aufschlag 90 Pfg. Bestellungen bei den Postämtern und bei den Verlegern, sowie beim Verlag, Mannheim, U. 6, 24. — Zahlungen, Anzeigen u. Geschäfts-Verkehr in Mannheim. Postfach: 6725 Ludwigshafen.



Angaben: Die abgehobene Zeitungs-Abgabe 10 Pfg. Wiederholungsabgabe nach bef. Tarif. Anzeigenpreis für 5 Zeilen: Donnerstag 12 Uhr. — Bei Anfall der Lieferung ist die Abgabe des Abnehmers, der die Zeitung abholt, zu leisten. — Die Zeitung ist nicht zu versenden, wenn sie nicht rechtzeitig bei der Redaktion oder beim Verleger bestellt ist.

Mannheim
18. April
1931

Das Stenogramm-Banner

Die nationalsozialistische Zeitung der Bezirke Mannheim-Weinheim

„Das Jüdchen aus Jacoslaw“ genannt Heinrich Harpuder aus München.

Dich gehts an, deutscher Arbeiter!

Der Rassegedanke ist eine reaktionäre Erfindung der Kapitalisten. Es ist Unsinn, heute noch an Rassen beim Menschen zu glauben, der sich so intensiv gemischt hat, daß bald die Einzelrassen sich entwickelt hat, der die naturgesetzliche Entwicklung des Menschen ebenso wie die wirtschaftspolitische der Völker einem Panuropa zustreben. Das ist fortschrittlich gedacht. Nicht euch ohne Rücksicht auf Rasse, alle Menschen sind gleich, lebt darnach und tragt so zum Paradies des Proletariats auf Erden und zum Einheitsmenschen bei!

Das predigt dir der Jude tagaus tagein in deiner Zeitung, in Versammlungen, seine ganzen Hiltstruppen werden aufgeboten, um diesen Geist zu züchten durch Theater, Film, Klagermusik, krankhaft hochgezückelte Erotik. Dieser selbe Jude, der doch selbst bis vor wenigen Jahrzehnten die einzige Sorte Mensch war, die peinlichst auf Reinhaltung ihres Blutes bedacht war, der also eine bewußte völkische Einstellung hatte, denn sonst wäre er in den 2-3000 Jahren, in denen er als Parasit in seinen Wirtschaftskern lebte, spurlos verschwunden, die geringe Zahl seiner Rassegenossen wäre in der Wirtschaft vollkommene aufgegangen, wenn er nämlich ebenso wie er es euch vorträgt, nicht völkisch eingestellt wäre.

Diese eine der beiden Grundanschauungen des Marxismus ist eine bewußte Lüge, denn die Entwicklung geht in der lebendigen Natur zur Ausbildung von immer mehr voneinander sich unterscheidender Arten und nicht zu einem Einheitsstier, eher umgekehrt von einem Einheitsstier. Der Jude Marx empfiehlt also, die Natur umzukehren und ihre Befehle zu vergewaltigen, was nicht ungestraft geschieht, der Einheitsmensch entsteht allerdings, der Untermensch, den der Jude braucht, da er mit seiner reingehaltenen und daher wertvolleren Rasse über dieses Produkt seines Geistes herrschen will.

Und du, deutscher Blutsbruder, erkenne die Verleure und ihre entsetzlichen Folgen für unser Volk. Komme zu uns, die wir den Befehlen der Natur gehorchend unser Blut rein halten wollen von fremden Elementen und so die Voraussetzung für die Erhaltung des deutschen Volkes schaffen.

Das ist kein Heldentum und kein Wotanskult, das ist auch keine Ueberheblichkeit von uns über andere Rassen. Wir haben aber die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, für die Erhaltung und Besserung des uns am nächsten stehenden deutschen Volkes und seiner Rasse zu sorgen. Zuerst Deutschland den Deutschen! Und nicht China den Chinesen wollen wir rufen, wenn wir hier bei uns Umzüge veranstalten!

Der Gegner lügt.

Berliner Journalle.

NSD. Noch immer können die Berliner Lügenblätter sich über ihren Kassenjammer ob des Zusammenbruchs der Stennes-Meutelei nicht beruhigen. Ihren maßlosen Verger darüber ersticken sie in Schwindelnachrichten, die diesen Wphaltblättern schon nachgerade das Aussehen von Wihblättern geben.

„Goebbels in München verheiratet!“ phantasiert das „8 Uhr-Abendblatt“.

„Goebbels bei Hitler in Angnade. Auch die Hitler-SA gegen ihn!“ triumphiert das Allsteinsche „Tempo“.

Noch die kommunistische „Welt am Abend“ (= „Wiz am Abend“) schießt den Vogel ab, wenn sie in großen Buchstaben ausposaunt: „Reichspräsident Hindenburg für Koalition Hitler-Brüning! Goerings Verhandlungen mit Regierungsvertretern.“

Die Zeit ist zu ernst, um auf faule Witze und Aprilscherze zu erwidern. Wir können diesen drei Lendenzblättern aber sagen:

Alles, was sie ihren Lesern vorsetzen, ist von A bis Z frei erfunden, erlogen und erkunsten! Auch nicht ein einziges Wort daran ist wahr.

Nazitwelle im Abebben.

Die Journalle legt auch diese abgspielte Platte ihrer einst so großen Beliebtheit wegen hie und da noch auf, doch hört keiner mehr zu, denn wir machen die bessere Musik, wovon der folgende kleine Auszug aus der langen Liste dieser Woche:

Gesamtergebnis bei Krupp: Arbeiter: Metallarbeiterverband 4754 (früher 7393), Christl. Metallarbeiterverbände 4994 (7374), R.O.D. 3360 (3648), Wirtschaftsfriedl. Gelbe 1012 (1648), R. S. 670 (—), Hirsch-Dunker 169 (205), Angestellte: APBund, SPD, 1162 (1368), G. d. A. (auch national) 390 (328), R. d. A. (Wirtschaftsfriedlich) 140 (321), D. S. B. 916 (—), R. S. 1142 (—), Techn. Gedag-Verbände 499 (—), Bela 671 (551) Stimmen. Es ist uns somit auch hier ein ganz erheblicher Einbruch in die Front des Marxismus gelungen.

Nationalsozialisten!

Nationalsozialistinnen!

Der Stahlhelm hat zur Auflösung des Preussischen Landtags ein Volksbegehren eingebracht.

Es ist die Aufgabe und Pflicht aller Parteigenossen und aller Anhänger unserer Bewegung, sich ausnahmslos in die Listen einzzeichnen.

Helft auch auf diesem Wege mit, daß die zenträumerisch-marxistische Politik des Terrors und der Vernichtung unseres Volkes gebrochen wird.

Sorgt dafür, daß Preußen wieder wird, was es jahrhundertlang war: ein stolzes Volkswerk deutscher Kraft, ein Bannerträger der deutschen Freiheit!

Adolf Hitler.

München, den 8. April 1931.

Der Krieg gegen unsere Presse.

Bochum. Die NS-Tageszeitung „Rote Erde“ wurde auf 14 Tage verboten.

Schee. Die Zeitung „Das Landvolk“ wurde auf 4 Wochen verboten.

Der „Illustrierte Beobachter“ wurde bis 3. Mai verboten.

Die Gerichte arbeiten.

Cassel, 14. April. Pg. Gottfried Feder wurde zu 1 Monat Gefängnis wegen Uebertretung des Republikshutzgesetzes verurteilt.

Berlin, 14. April. Pg. Dr. Goebbels wurde wegen Auforderung zum Ungehorsam gegen gültige Gesetze zu 200 RM Geldstrafe verurteilt, wohlgenemerkt gegen das Uniformverbot, das nach Urteil des Verwaltungsgerichtshofes ungesetzlich ist.

Am gleichen Tage wurde Dr. Goebbels wegen Beleidigung des Vizepolizeipräsidenten Dr. Weiß zu 1500 RM Geldstrafe verurteilt.

Runter mit dem braunen Hemd.

In Berlin wurde das Verbot des staatsgefährlichen braunen Hemdes wieder verlängert.

Die Oberpräsidenten von Hannover und Oberschlesien haben gleichfalls das braune Hemd verboten.

Aus der ruhmreichen Geschichte der „Volksstimme“.

Die „Banzerkreuzerpartei“ fordert wegen ihrer chronischen Charakterlosigkeit zur historischen Erforschung ihrer Entwicklungsgeschichte geradezu heraus. Die Frage ist nämlich, ob diese dauernden Umsfälle der „Prominenten“ nach den Wahlen nur Zufälle sind, oder ob es sich hierbei um Grundzüge handelt, die in der Tradition begründet sind. Für das Studium dieser Frage sind die Produkte der marxistischen Rotations-Spionage aus vergangenen Zeiten mit die wichtigsten Quellen.

Der bekannte günstige Wind gab uns bei der Nachforschung nach Material die richtige Bitterung und bescherte uns dadurch das grundlegende Material zum Studium der Geschichte der Mannheimer Volksstimme in Form von ausschließlich Originaldokumenten von den Anfangszeiten dieser Journalle bis in die jüngste Gegenwart. Das hochinteressante und lehrreiche Material wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten. Wie ziehen es daher wieder aus dem staubigen Winkel ans Licht und werden ab und zu über die wichtigsten Epochen der „Volksstimme“-Geschichte berichten.

1. Das Jüdchen aus Jacoslaw.

Aha, schon wieder diese infame Judenstesserei der Nazis, denkt der marxistische Redaktionschreiber und zücht die Kotverordnung, um die staatlichen Gewalten auf diesen Fall von Beschimpfung einer „Religionsgemeinschaft“ zu hegen.

Halt, schön langsam! Diese Worte stammen nämlich von keinem Nazi, sie stammen sogar von einem ... Juden! Sie sind auch schon 11 Jahre alt und wurden ausgesprochen vor dem Schöffengericht zu Mannheim am 3. 3. 1920 von dem jüdischen Redakteur der kommunistischen Zeitschrift „Der Revolutionär“, Moritz Lederer, der zugleich Mitarbeiter an der „Roten Fahne“ war. Gemeint war mit diesen schönen Worten der auch heute noch in unverantwortlicher Weise tagtäglich sein Gift mit der Feder versprühende Obermoses der „Volksstimme“, namens Heinrich Harpuder aus Jacoslaw (in München!). Die wilde Fehde zwischen zwei jüdischen Journalisten verschlebe intensio roter Couleur wurde da in Gestalt einer Beleidigungsklage und Widerklage vor den Schranken des Gerichts ausgetragen.

Ueber diese Judenschlacht hat der knallrote Herr Lederer in „Revolutionär“ ausführlich unter wörtlicher Wiedergabe des Stenogramms berichtet. Der Sonderabdruck Nr. 23 vom 1. April 1920 ist in unserem Besitze, und wir wollen als höfliche Leute ebenfalls in unseren Spalten etwas Reklame für den Herrn Chefredakteur Harpuder machen, zum Dank für die freundliche Reklame, die die „Volksstimme“ vor kurzem für uns gemacht hat.

Wir wollen aus dieser wichtigen Epoche Harpuder streng nach dem vorliegenden Bericht die historisch wichtigsten Tatsachen mitteilen. Sollte etwas nicht richtig sein, so verweisen wir auf das Original, das im Wesentlichen nur Tatsachen berichten dürfte, da Herr Harpuder weder vor Gericht noch später auf diese Broschüre hin geantwortet hat.

Herr Lederer hatte die „Unverschämtheit“ bejassen, die Berichterstattung der „Volksstimme“ und ihre Einstellung zu gewissen Dingen vor, während und nach dem Kriege kritisch zu untersuchen und allwöchentlich die Ergebnisse zu veröffentlichen. Da begreiflicherweise dadurch die SPD. in etwas werkwürdigem Lichte erschien, schloß Herr Harpuder seinen Dold und versuchte in einem von Insurien geradezu strotzenden Artikel den unbehaglichen Kritiker zu erdolchen. Der ließ sich jedoch ohne Gegenwehr nicht ermorden und ging zum Gegenangriff über. Der noch um 50 % fastigere Artikel — wir teilen nur folgende treffende Bezeichnungen mit:

„Redakteur Harpuder, ein Grammatophan, das die „Volksstimme“ auf seiner Walze hat, wird ausgestellt — der Lohnschreiber der Mannheimer „Volksstimme“ — dieser Subelbube — ich nenne einen so traurigen Wicht wie Harpuder „Gefinnungslumpen“ —“

war die Ursache zu der Beleidigungsklage. Stolz verkündete am 13. März 1919 Heinrich Harpuder in seiner „Volksstimme“:

„Ich werde ihm (Lederer, die Red.) Gelegenheit geben, den Beweis zu verjüden für das, was er gegen mich behauptet und sich endlich auch in breiter Öffentlichkeit als das zu erweisen, was er ist, nämlich ein ebenso frecher wie häßlich-dummer Lügner.“

Die oben mitgeteilten schmeißenden Beiworte für den Harpuder waren in Lederers Artikel zwischen Behauptungen von Lügen und Verleumdungen des Herrn Harpuder eingestreut. Lederers Aufgabe war es, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten, dem Herrn Harpuder seine Lügen als solche nachzuweisen. Dieser Wahrheitsbeweis ist ihm restlos geblieben. Aus der Fülle der öffentlichen, höchst unangenehmen Blamagen des Herrn Harpuder folgende:

a) Harpuder hat von einem Buch eines gewissen Steiner, dessen Klage gegen Harpuder zusammen mit diesem Prozeß verhandelt wurde, behauptet, daß es Poeme aus dem pornographischen „Jüdischen Land“ enthalte. Auf die Frage, ob er das Buch gelesen habe, wußte er mit „nein“ antworten. Eine Ausrede: Das Urteil über das Buch sei ihm aus dem Familienkreise Steiners zugegangen worden. Fräulein Hale lachte das Publikum. Der jüdische Rechtsbeistand Dr. Hirschler „enthüllt“ aus dem Prospekt über das Buch den pornographischen Charakter. „Die gemalten erotischen und bürgerlichen Gebilde!“ Das ist der Gemeinjah des Juden Hirschler! Der Sachverständige erklärte unter dem Lachen des Publikums, erotische Gebilde gäbe es auch von Goethe. Ausrede des Juden Hirschler: Ich verstehe ja nicht viel von Literatur.

b) Harpuder hat Lederer Hochverrat vorgeworfen und eine Pogromschwörung gegen ihn geübt, infolge der er sogar schon öfters überfallen wurde (vergleiche Hörings Blutreden! Die Red.). Die Grundlagen zu dieser Behauptung sind erlogen. Der Zeuge Grünberg soll zu Harpuder gesagt haben, am 21. Februar sei in Lederers Wohnung die Ausrufung der Mannheimer Räterepublik ausgerufen worden. In Wirklichkeit hat er nur erzählt, daß er in Lederers Wohnung mit anderen zusammen war, und später die Vermutung eines Zusammenhangs zwischen der Zusammenkunft und dem Putz ausgesprochen. Nun kommt wieder eine feine Ausrede: Erst drei Wochen nach dieser Mitteilung habe er, nämlich der Harpuder, den Artikel geschrieben, da inzwischen die Räterepublik in München proklamiert wurde. Daraufhin wird festgestellt, daß der Artikel am 15. März 1919 erschienen ist, die Räterepublik aber erst am 7. April in München proklamiert wurde! Noch ein schwacher Versuch, ich bin „München“. Darum wurde in den Polizeilisten festgestellt, daß Heinrich Harpuder am 3. August 1882 in Jaroslaw geboren wurde, das nicht in München, sondern in der Polakei liegt. (Trotzdem hat das Jüdische aus Jaroslaw — es gibt nämlich Juden, und es gibt nämlich Jüdinnen! — den in Karlsruhe geborenen Sultan Landauer und den in Berlin geborenen Erich Mühsam „Randfremde“ gehalten, das Jüdische aus Jaroslaw! Studiert hat es? Mit Wasler? Schwindel. In einer Schnellleiche erlernte es sein Handwerk! (Ich nach Lederer wörtlich zitiert.)

c) Der Zeuge Bedierke-Geiger erklärt: „Harpuder drückt fortgesetzt die Berliner Privattelegramme der bürgerlichen „Frankfurter Zeitung“ ohne Quellenangabe ab. Hierdurch wird bei den Arbeitern der Eindrücke erweckt, es handle sich um Redaktionsarbeiten der „Volksstimme“, sie werden jedoch im Sinne der kapitalistischen „Frankfurter Zeitung“ orientiert und beeinflusst. Harpuder hat auch noch erklärt, Ausschnitte aus anderen Zeitungen nur mit Quellenangabe zu bringen. Außerdem hat er angeblich Sitze aus der Berliner „Freiheit“ verändert und ihnen so einen anderen Sinn untergeschoben. Ausrede: Bei dem „Freiheit“-Blatt sei er angeblich verweilt gewesen. Aber er hat verantwortlich gezeichnet, außerdem waren es mehrere Fälle.

d) Harpuder erklärte, es sei eine Lüge, daß die „Volksstimme“ einen Geburtstagsartikel über die Geheimrätin Julia veröffentlicht hat. Der Beteiligte hält ihm die Volksstimme vom 25. Oktober 1918 unter die Nase, in der die Mitteilung des 75. Geburtstages der geachteten Mitbürgerin gestanden hat.

Diese kleine Musterkollektion möge genügen. Wir freuen uns, feststellen zu können, daß die „Volksstimme“ so wie heute auch schon vor 11 Jahren in der Aera Harpuder kräftig gelogen hat, was durch Gerichtsprotokoll bestätigt wurde. In diesem einen Punkte ist die SPD ihrer alten Tradition treu geblieben. Wir werden später untersuchen, wie es vor 50 Jahren war.

Silberstreifen im Zeichen Youngs.

Reichsknappschaffspleite.

Einige ganz nächterne Zahlen seien hier mitgeteilt. Vor dem Kriege waren 1—1½ Millionen Versicherte als beitragszahlende Mitglieder in der Reichsknappschaff organisiert. Ende 1930 waren es nur noch 688 000, das Jahr 1930 wies allein einen Rückgang um 140 000 Mitglieder auf infolge des katastrophalen Beschäftigungsmangels. Diesen bezahlenden Mitgliedern gegenüber standen die rentenberechtigten Invaliden und Witwen, 1923 waren es 63 000 Invaliden und 84 000 Witwen, 1930 war die Zahl auf 200 000 Invaliden und etwa 100 000 Witwen gestiegen, so daß sich ein ganz erhebliches Mißverhältnis zwischen zahlenden und versorgungsberechtigten Mitgliedern herausgebildet hatte. Ende 1924 kam noch ein Invalide auf 4,22 aktive Mitglieder, im März 1931 nur noch auf 1,97. Noch ungünstiger ist dieses Verhältnis bei den Angestellten: 1924 kamen 7 zahlende Mitglieder auf einen Ruhegehaltsempfänger, heute nur noch 2,3!

Da kein Kapitalkonds vorhanden ist (Inflation), müssen die Leistungen (Invaliden- und Witwenrente, Angestelltenruhegehalt) mit den Einkünften aus den Beiträgen finanziert werden, wozu das Reich noch erhebliche Zuschüsse geben muß. Durch die Verschlebung des Verhältnisses der beitragszahlenden und der versorgungsberechtigten Mitglieder ist die Lage der Reichsknappschaffs allmählich katastrophal geworden. Allerdings Sanierungsmassnahmen wurden erzwungen. Man dachte an eine weitere Steigerung der Beiträge um 6%. Zur Zeit bezahlen die Arbeiter 8,5 und die Angestellten 10% an Beitrag für die Invaliden- und Pensionskasse. Man hat diesen Vorschlag als untragbar fallen lassen.

Stegerwald versprach 1929 aus den Ueberschüssen der Lohnsteuer für die Knappschaff 75 Millionen zur Verfügung zu stellen und mußte am 1. Oktober 1930 zugeben, daß er nur noch 10 Millionen Zuschuß geben könnte. Die Knappschaff selbst wollte nun an den Renten sparen und hoffte so 18,5 Millionen herauszusparen. Trotz aller Versuche war ein Fehlbetrag von 85—100 Millionen bei einem Gesamtetat von 195 Millionen vorhanden. Stegerwald versprach, daß vom Reich die Hälfte übernommen werde und verlangte Opfer der Invaliden- und Angestelltenversicherung zugunsten der Reichsknappschaff. Die Gefahr, am 1. April die Renten nicht bezahlen zu können, wurde noch einmal gebannt, indem man von einer Bank einen kurzfristigen Kredit erhielt. Man hat sich also in üblicher Weise durch einen Pump noch einmal über Wasser gehalten. Aber es besteht keine Aussicht, daß die Beitragssteigerungen und die Zahl der aktiven Mitglieder sich in nächster Zeit wesentlich hebt. Wenn nun die Frist des

2. Ein Chefredakteur aus der grauen Vorzeit.

Vor uns liegt ein Flugblatt aus dem Jahre 1911, also aus der jagenhaften Vorkriegszeit. Herausgeber ist die „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“. Es ist an die Leser der „Volksstimme“ gerichtet, die wieder einmal verleumdet (also auch im Jahre 1911 schon) hat, indem sie über diese deutschen Gewerkschaften die tollsten Schandgeschichten zusammenphantasierte. Das Flugblatt berichtet dies und zählt dagegen einige tatsächlich vorgekommene Schandfälle bei den marxistischen Gewerkschaften auf. Doch das interessiert uns im einzelnen nicht, die Tatsache der historischen Lügen-tradition haben wir damit zunächst einmal bis zum Jahre 1911 beweisen können.

In diesem Flugblatt interessiert uns vielmehr vor allem der Chefredakteur der „Volksstimme“, von dem erzählt wird, daß er aus eigener Initiative nichts Gewerkschaftliches bringen darf, ohne vorher die Erlaubnis der Gewerkschaftsparasiten eingeholt zu haben. Er fristete also nur als Preskaffrate

Im Zeichen der Notverordnung.

Das Osterfest wurde nicht gegen das Volksbegehren des Stahlhelm zur Auflösung des preussischen Landtages gelegt, darüber kann das deutsche Volk vollkommen beruhigt sein. So wird folgendes gemeldet:

1. Herr Orzejinski hat das Bundesorgan des „Stahlhelm“ auf drei Monate verboten, also das Organ des Bundes, in dem Hindenburg Ehrenmitglied ist, auf Grund der Notverordnung, die denselben Hindenburgs Unterschrift trägt. Ganz zufällig hatte zwei Stunden vor diesem Ukaserspruch der polnische Innenminister den Betrieb desselben Blattes in Polen für unbestimmte Zeit verboten. Die Begründung stützt sich auf Ausführungen des Stahlhelm-Bundeskanzlers Major a. D. Wagner in einem Artikel, in dem ausgeführt wird, daß „die derzeitige preussische Staatsführung zur Abwehr der polnischen Gefahr nicht geeignet sei, die marxistisch-preussische Regierung werde immer ein sicherer Verbündeter Frankreichs und damit Polens sein.“

Die Illustration zu diesen und zu den anderen „verbotenen“ Gedanken ist der merkwürdige Zufall des gleichzeitig losgelassenen polnischen und arzejinski'schen Verbots gegen ein und dasselbe Blatt, und das mitten im Volksbegehren. Dem Stahlhelm, dessen Ehrenvorsitzender Hindenburg ist, sollte damit eines der wirksamsten Propagandamittel genommen werden, welche Abjicht sich gegenüber dem Wort Hindenburgs zu veranworten hat, daß das Volksbegehren durch die Notverordnung nicht schikanisiert werden sollte!

Das gar fromme und offene zentralische Mannheimer Volksblatt überfällt sich nach vorne und hinten in aufrichtiger christlicher Nächstenliebe vor Freude und Genugtuung ob dieser demokratischen Tat Orzejinski's. Es spielt in der üblichen und durch jahrelange Übung nicht zu übertreffenden Weise den moralisch entrüsteten Pharisäer, indem es in endlosen Verurteilen dieser Kampfweise des Stahlhelms, der durch nichts mehr in ihrer unerhörten Kohheit der Anklagungen gegen die Herren Braun usw. So etwas sagt man nicht, denn es ist unerhört, und die Herren um Braun haben dem Stahlhelm die einzig richtige Antwort gegeben, so leitartikel der traurige Skribent dieser im Zeichen „Für Wahrheit und Recht“ ausgeschütteten Ergüsse. Die Regierung Braun würde keinen Schuß Pulver wert sein, wenn sie solche Schwere und deshalb unerhörten Angriffe nicht gebührend beantworten würde. Die Herren Orzejinski etc. haben also Recht getan, so energisch vorzugehen. So schreibt dies fromme Blatt, irgend etwas hat der Journalist weggelassen. Etwas fehlt und verhindert das Verständnis an solchem Freundengeheul über die gerechte Strafe. Man sucht und muß schließlich fest-

sein kümmerliches Dasein. Würde man ihn ernst nehmen wollen, dann müßte man ihn als Renolterjournalist bezeichnen, so aber „Herr verzeh' dem armen Sünder, denn er hat's um's läglige Brot!“ Eine niedliche Geschichte wird dann von diesem Würmchen erzählt: Es ist darin von maßloser Angst beim Anblick von 50 000 Boghotiflugblättern anlässlich seiner heldenhaften Führung in der Walzmüllaffaire die Rede nebst ihren abtörenden Folgen, wie beschmutzte Kleidungsstücke etc., wodurch die Flugblätter eine andere Verwendung finden mußten.

Wer ist aber dieser Chefredakteur, der nur unter Aufsicht schreiben darf, zufrieden, sein Leben zu fristen? Wir dürfen ihn infolge der Notverordnung nicht verraten, da dieser Herr jetzt niemand mehr zu fragen braucht, vielmehr selbst jetzt von sehr vielen im Laude vorher gefragt werden muß, er hat nämlich Karriere gemacht.

stellen, daß in dieser Notationsküche zum Garhochen der zentralistisch erwünschten fogenannten öffentlichen Meinung offenbar ein Gewürz ausgegangen und so eilig nicht wieder zu beschaffen war, sodah der ganze Braten verderben wurde. Man liest von gemeinen und niederträchtigen Beschimpfungen, von moralisch entarteter Kampfweise des Radikalismus, man erfährt die grobe Aktion des Orzejinski. Aber dieses fromme und heuchlerische Zentrumsblatt geht peinlich darum herum, zu sagen oder auch nur anzudeuten, daß diese niederträchtigen Beschuldigungen nicht wahr seien, aber auch der kleinsten Erklärung in diesem Sinne gehen die Herren auf der Volksblattredaktionsstube und die Herren um Orzejinski peinlich aus dem Weg.

Im April des Jahres des Unheils 1931 sind wir in der deutschen Demokratie unter dem Namen Hindenburgs so weit gekommen, daß eine, wenn auch sehr scharfe, so doch in sich sachliche Kritik genügt, durch ein Polizeiverbot eine immerhin bedeutende Zeitung, wie das Bundesorgan des Stahlhelm auf drei Monate zu verbieten.

2. Auch Versammlungen des Stahlhelm zum Volksbegehren wurden verboten oder aufgelöst, so in Dortmund in der Westfalenhalle, wo die Bundesführer Seldte und Duesterberg sprechen sollten und in Münster in Westf. auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten, der durch den Mund der Brüningregierung sein Wort gab, daß das Volksbegehren durch diese Verordnung nicht schikanisiert werden sollte!

Sie merken immer noch nicht, was für eine glänzende Propaganda solche Maßnahmen für ein Volksbegehren auf Aufstufung des preussischen Landtages, d. h. auf Unterbindung solcher demokratischer Methoden durch Herbeiführen eines neuen Kurzes, machen, wenn es bis jetzt noch nicht ganz sicher war, so erwacht jetzt das preussische Volk. Es wird ja mit Gewalt an die Abstimmungsliste getrieben. Uns aber kann es nur recht sein!

Dg. Feder sollte ins Gefängnis.

Das große Schöffengericht in Kassel verhandelte gegen Gottfried Feder, der in einer Rede in Kassel sich gegen das Republikshuggeheil vergangen haben soll. Der Herr Oberstaatsanwalt schlug eine Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis vor, das Gericht erkannte auf 4 Wochen Gefängnis mit Bewährungsfrist.

Aus dem roten Dressefumpf.

Edz. — Als gefährliche Waffe gegen die Aufklärung des schaffenden Volkes mißbraucht der Jude mit Vorliebe die Presse, die durch angeblich neutrale Ligenzentralen mit tendenziösen Elaboraten gefüllt wird. Neben der demokratisch-kapitalistischen Presse hat die jüdische Clique eine Vormachtstellung in den marxistischen „Arbeiter“-Zeitungen. Mit diesen und den zahlreichen Buch- und Schriftenvertriebsstellen wird dann das Gift in das Volk gespritzt. Der Jude ist dabei der lachende Dritte und zieht überdies noch seinen Rebbach aus dem Schwindelvertrieb. Die Anzahl dieser roten Ligenzentralen hat kürzlich eine „wertvolle“ Erweiterung erfahren, über die man im Berliner Handelsregister folgende bezeichnende Eintragung lesen kann: „Nr. 45, S. 702, Marxistische Verlagsgesellschaft mit beschränkter Haftung. Sitz: Berlin. Gegenstand des Unternehmens: Herstellung, Herausgabe und Vertrieb von Büchern und Zeitschriften. Stammkapital: 20 000 M.M. Zum Geschäftsführer bestellt ist: Frau Ruth Segdewitz geb. Lewy, Berlin.“ Der „Genosse“ Segdewitz ist als Jugendverweher und „Führer“ des Berliner Sozialistischen Schülerbundes berüchtigt. Rebekka besorgt nun den geschäftlichen Teil und wird für Vertrieb des marxistischen Giftes unter der Jugend sorgen. Der derzeitige preussische Kultusminister ist ebenfalls Genosse und treuer Erponent der SPD, er wird das Geschäft nach Kräften fördern. Das allerchristlichste Zentrum macht sich mitschuldig an dieser Volksvergiftung. Die schwarze rote Ehe beginnt ihre kulturellen Früchte zu tragen. Wann endlich wird man dieser Vergiftung der deutschen Jugend und Arbeiterchaft durch raffende Elemente ein Ende bereiten?!

eine soziale Einrichtung schaffen werden, und die wir vor allem durch eine klare und ausschließlich dem Gesamtwohl dienende Politik das deutsche Volk befreien und so ihm wieder Arbeit und Brot erkämpfen werden, wir sollen mit allen Mitteln des roten und des gefehligen Terrors unterdrückt werden. Wir haben bewiesen, daß wir keine Kompromisse machen, daß wir rücksichtslos die unsoziale Bonzenwirtschaft überall beseitigen werden, was den Betroffenen allerdings peinlich sein wird, daher der Kampf. Doch es wird ihnen nichts mehr nützen, denn das Volk sammelt sich immer mehr unter unserem Banner, unsere Reihen werden immer dichter, unser Wille immer stärker. Wir können warten, die Zeit arbeitet für uns, wie dieser Fall wieder zeigt. Die besseren Kerne werden den Endkampf entscheiden. Die haben wir, denn wir haben keine Schuld an diesen Verhältnissen, die wir schon lange vorausgesehen haben, ohne daß man auf uns hätte. So werden wir auch diesmal recht behalten.

Wir aber, die wir mit all diesem rücksichtslos aufräumen werden, die wir aus einer Bonzenvergiftungsanstalt wieder

und Kir
zpen in
Auch die
daß die
wissen in
rend, aus
Wolff H
„Den
richtungen
er nicht
er das 3
„Ben
ergen die
die aber
eines reil
des Volk
ist über d
Weltansch
und der
die unbed
benannt
on sich a
allgemein
sein End
würde, so
„Die
nahm zu
politisch
licher Be
ist nicht
politischen
religiösen
unzweck
dieses Fr
gung und
effen heu
„Gere
pflichtung
nicht nur
von schwe
Gottes 2
Denn da
Wesen u
somit des
jeder ist
und jedes
Stellung
Reden ob
gemeinsch
hinzuzuf
„Hat
sozialistis
Wahrheit
wenn sich
ständnis,
der Zentr
Ländern)
höher ste
Gehalt ist
materialisi
schleunig
die nation
dem Bän
„Sinn
ob ein p
Rahmen
tung der
Einigen
eigenen G
das Reich
Neuaufl
3 Aus
Edz.
triumphie
die Vertie
schmidt u
prüfstele
„Dreigros
Baden un
dieses Fi
Sienen u
stellungen
zahlreiche
Filmes g
ein Mün
lofen Ber
Filmgefel
Beweis f
heute am
„Die
fatorischer
grüner F
nummer.
„Auf J
Thema „
der 24.
grauenvol
jährigen G
ist der A
kurze Ge
nummer
während S
werden.

Der politische Wehewinkel

Nationalsozialismus, Katholizismus und Zentrum.

Von einem Katholiken.

2.
Adolf Hitlers grundsätzliche Stellungnahme zu Religion und Kirche ist heute — mit Ausnahme der Leser von roten und schwarzen Parteiblättern — längst bekannt. Auch diese Tatsache läßt mit Bestimmtheit darauf schließen, daß die wichtigsten Stellen des Zentrums ebenfalls Bescheid wissen und lediglich im übertriebenen Pharisäertum verharrend, aus politischer Taktik die bekannten Lügen verbreiten. Adolf Hitler sagt z. B.:

„Dem politischen Führer haben religiöse Lehren und Einrichtungen seines Volkes immer unantastbar zu sein, sonst darf er nicht Politiker sein, sondern soll Reformator werden, wenn er das Zeug hierzu besitzt.“

Bemerkenswert ist auch der immer heftiger einsetzende Kampf gegen die dogmatischen Grundlagen der einzelnen Kirchen, ohne die aber auf dieser Welt von Menschen der praktische Bestand eines religiösen Glaubens nicht denkbar ist. Die breite Masse des Volkes besteht nicht aus Philosophen, und gerade für sie ist über der Glaube häufig die einzige Grundlage einer sittlichen Weltanschauung überhaupt. . . . Sollen aber die religiöse Lehre und der Glaube die breiten Schichten wirklich erfüllen, dann ist die unbedingte Autorität des Inhalts dieses Glaubens das Fundament jeder Wirksamkeit. . . . Der Angriff gegen die Dogmen an sich geschieht deshalb auch sehr stark dem Kampfe gegen die allgemein geschichtlichen Grundlagen des Staates und so wie dieser sein Ende in einer vollständigen staatlichen Anarchie finden würde, so der andere in einem wertlosen religiösen Nihilismus.“

Die (nationalsozialistische) Bewegung lehnt jede Stellungnahme zu Fragen, die entweder außerhalb des Rahmens ihrer politischen Arbeit liegen oder für sie als nicht von grundsätzlicher Bedeutung belanglos sind, entschieden ab. Ihre Aufgabe ist nicht die einer religiösen Reformation, sondern die einer politischen Reorganisation unseres Volkes. Sie sieht in beiden religiösen Bekenntnissen gleich wertvolle Stützen für den Bestand unseres Volkes und bekämpft deshalb diejenigen Parteien, die dieses Fundament einer sittlich-religiösen und moralischen Festigung unseres Volkstumpens zum Instrument ihrer Parteinteressen herabwürdigen wollen.“ Ferner sagt er:

„Gerade der wälsch Eingekerkelte hätte die heilige Verpflichtung, jeder in seiner Konfession, dafür zu sorgen, daß man nicht nur immer äußerlich von Gottes Willen redet, (wie dies von schwarzer Seite gemacht wird! d. V.), sondern auch tatsächlich Gottes Wille erfüllt und Gottes Werk nicht schänden lasse. Denn Gottes Wille gab den Menschen einst ihre Gestalt, ihr Wesen und ihre Fähigkeiten. Wer sein Werk zerstört, sagt somit der Schöpfung des Herrn den Kampf an. Darum sei jeder tätig, und zwar jeder, gefälligst in seiner Konfession, und jeder empfinde es als seine erste und heiligste Pflicht, Stellung gegen den zu nehmen, der in seinem Wirken, durch Reden oder Handeln aus dem Rahmen seiner eigenen Glaubensgemeinschaft heraustritt und in die andere Glaubensgemeinschaft hineinzuwirken versucht.“

Dat man dieses Bekenntnis des Führers der nationalsozialistischen Bewegung mit etwas Gefühl für Reinlichkeit und Wahrheitsliebe in sich aufgenommen, so kann man verstehen, wenn sich in immer weiteren katholischen Kreisen das Unverständnis, ja, das Entsetzen breit macht, daß die an der Spitze der Zentrumspartei (sowohl im Reich, wie in den einzelnen Ländern) stehenden geistlichen Würdenträger und deren noch höher stehende Oberhirten nicht willens sind, den ethischen Gehalt ihrer Glaubenslehre, nämlich die Wahrheit, vor das materialistische politische Streben zu stellen und vor allem schleunigst zum Rückzug zu blasen, einmal beim Kampfe gegen die nationalsozialistische Bewegung, andererseits aber auch bei dem Bündnis mit der gottlosen Sozialdemokratie.

Sinnlos endlich mit der pharisäischen Behauptung, als ob ein positiv katholisches Christentum nicht möglich sei im Rahmen der nationalsozialistischen Bewegung, also unter Achtung der blutmäßig gebundenen Belange des Volkes! Dieses Entgegenstellen gegen das primäre göttliche Gesetz vom argeinen Erleben (auch der religiösen Werte) will uns doch auch das Rückfinden zum eigenen Volk, zur eigenen Kultur, zum Neuaufstieg rauben.

3 Auserwählte machen im Film „Kultur“.

Obz. — Die derzeitige „mächtige“ Filmclique verkündet triumphierend einen neuen Sieg über das deutsche Empfinden; die Vertreter zweier Konfliktgruppen, Dr. Frankfurter, Goldschmidt und Friedmann, haben in der Sitzung der Filmoberprüfstelle am 1. April die Befähigung der Zulassung der „Dreigroschenoper“ erhandelt. Bekanntlich hatten Thüringen, Baden und Braunschweig gegen die Zulassung der Aufführung dieses Filmes Widerspruch eingelegt, da die dargestellten Szenen fast durchweg durch die Schamlosigkeit der Darstellungen entsetzlich und verrohend wirken. Trotzdem sich zahlreiche Jugendämter u. a. empört gegen die Zulassung des Filmes gewandt hatten, ließ sich die Oberprüfstelle, der u. a. ein Münchener Justizrat Rosenhals (!) angehörte, von den endlosen Verteidigungsreden der drei auserwählten Vertreter der Filmgesellschaft „überzeugen“. — Wiederum ein schlagender Beweis für die unverantwortlichen zersetzenden Kräfte, die sich heute anmaßen, über deutsche Kultur und Moral zu entscheiden.

„Die Brennessel“. Die erste April-Nummer der politischen satirischen Zeitschrift „Die Brennessel“ kommt diesmal in blau-grüner Farbe heraus und kostet sich nur 2.00 — 40 die Einzelnummer. Verlag: Frz. Eber Nacht, München.

Auf dem Titelblatt prangt eine Karikatur über das aktuelle Thema „Gefesselte Justiz“. Ein heroisches Bild ist der M. zum Gedenken der zahllosen Blutopfer gewidmet. Ein grauenvolles Bild warnt den Deutschen, in Anbetracht der 100-jährigen Schande der Fremdenlegion, vor törichtem Zulauf. Auch ist der Ausgabe ein farbiges Werbeblatt beigegeben. Zahlreiche kurze Besprechungen, Zeichnungen und Gedichte gestalten diese Nummer sehr interessant. Auch das „zeitgemäße Alphabet“ mit lustigen Karikaturen wird bestimmt ebenso interessant beendeten werden.

Die früher bereits angeführte Erklärung des Kardinals Faulhaber besagt doch wohl klar genug, daß, selbst wenn man eine Universalkirche schaffen könnte, es erforderlich wäre, auf die argeine Erlebensform der religiösen Werte (die, wie er sagt, stets ihr eigenes Gesicht in den verschiedenen Ländern haben!) Rücksicht zu nehmen. Daß die Kirche schon in den bisher verlaufenen zwei Jahrtausenden hierauf Rücksicht nahm, bezeugen die hundertfach übernommenen, nur örtlich gültigen heidnischen Kultgebräuche, die lediglich in die christliche Form umgebogen, mit christlichen Werten gefüllt wurden.

Fort mit der insamen Heuchelei, als ob durch den Nationalsozialismus die Religion in Gefahr sei und fort mit den „Warnungen“ usw. der Oberhirten, über die der liebe Gott schon demnächst zur Tagesordnung übergehen wird! Denn diese Warnungen und diese Heuchelei von der Kanzel tönen in den Ohren eines großen Teiles von Katholiken bereits ganz gleichgültig, wie wenn sie, was sie wirklich meinen, klar aussprechen würden: „Unser Geschäft ist in Gefahr!“ Man verkenne endlich wieder die Ideale der katholischen Kirche — auch durch das Vorleben — in die Herzen der Katholiken und überlasse dem Staate, was des Staates ist, wie dies ein Erzhörer einst befohlen hatte. Mißwehrt tritt in diesen Tagen das schauerlich-grandiose Gemälde eines Dostojewski in seinem „Großinquisitor“ vor uns hin, lebendige Gestalt geminnend, wenn nicht das deutsche Zentrum und mit ihm seine verbündeten politisierenden Oberhirten endlich den Weg zum wahren Christentum zurückfinden. In Gefahr ist die Religion nur durch diese heuchlerischen Heucheln und das Vergeffen der wahrhaften christlichen Ethik derjenigen, die vorgeben, die Hüter zu sein.

Die selbst gegen die Interessen der Kirche gerichtete Tätigkeit des Zentrums wird schlaglichtartig enthüllt, wenn man sich ins Gedächtnis zurückruft,

- a) daß die letzten Päpste übereinstimmend vor dem Marxismus (der Sozialdemokratie) als dem Todfeind der Kirche warnten,
- b) daß sich die Sozialdemokraten bereits im Programm als kirchenseindlich bezeichnen,
- c) daß das Zentrum trotz dieser Tatsache seit 12 Jahren im Bündnis mit dem Marxismus ist und
- d) beide Parteien anerkanntermaßen „unversett“ gerichtet, also nicht national sind.

Diese Widersprüche sind auf ethischem Boden überhaupt unlösbar, sie werden nur verständlich, wenn man das Zentrum als das ansieht, was es in Wirklichkeit ist: die Partei, die unter Mißbrauch der heiligsten Gefühle der deutschen Katholiken Geizhätze treibt, ihr Ziel ist die Erringung und Festigung der politischen Macht zum Zwecke der Parteiklängelwirtschaft und einer Politik zugunsten der toten Hand. Statt sich dem Los der Lebenden, Darbenden des ganzen Volkes zuzuwenden und im Verein mit den aufbauenden nationalen Kräften des Reiches eine Sammlung im Innern und damit eine Abwehr nach außen zu erreichen, wird kurz-sichtigste, machstrebendste, materialistische Parteipolitik getrieben, die das Volk in den Untergang führt. Man sollte den Ausdruck des großen ehemaligen badiischen Katholikenführers Baumstark jedem deutschen Katholiken ins Herz eingraben: „Ich betrachte den politischen Katholizismus der Zentrumspartei als ein religiöses Unglück für die katholische Kirche und zugleich als ein wahres Nationalunglück für das Deutsche Reich. — Ich bin fest davon überzeugt, daß die Politik des Zentrums zu immer größerer Zerrüttung und Zerstörung aller kirchlichen und staatlichen Verhältnisse führen muß. — Diese Partei vertritt nicht die Rechte und Interessen der katholischen Kirche, sondern sie sucht die Erhaltung und Vergrößerung ihrer eigenen unter dem Vorwand der Religion geschaffenen Macht.“ — Da ist man berechtigt auszurufen: Deutscher Katholik, erwache!

Muß ein Katholik Zentrumsmann sein?

Aus dem Stahlhelmsblatt „Der Alte Dessauer“, Halle/S.

Ja! — sagt die Zentrumspresse.

Nein! — sagen die Päpste.

Der große Papst Leo XIII. schreibt in seiner Enzyklika „Sapientiae christiana“:

„Die Kirche in die Parteipolitik verwickeln oder sie benutzen, um die Gegner zu überwinden, heißt die Religion maßlos mißbrauchen.“

Und in seiner Enzyklika „Immortale Dei“ sagt Leo XIII.: „Jeder Versuch, durch religiösen Gewissenszwang die Wähler zum Anschluß an irgend eine politische Partei zu bewegen, ist als ein grober Verstoß gegen die Lehre der Kirche selbst unbedingt zurückzuweisen.“

Und weiter sagt der große Papst in derselben Enzyklika:

„Die Gerechtigkeit verbietet es jenen, die über die Fragen dieser oder jener Staatsverfassung anderer Meinung sind, einen Vorwurf zu machen. Und noch viel größer ist das Unrecht, wenn sie deshalb der Verleumdung und Heringschöpfung des katholischen Glaubens beschuldigt werden, was wir mehr als einmal zu unserem Schmerze erlebt haben.“

Angewisselt geht also aus den verschiedensten Enzykliken Leo XIII. hervor, daß dieser kluge und weisliche Papst mit aller Entschiedenheit die Verquickung religiöser und politischer Probleme und die kirchliche Begünstigung einer bestimmten Partei ablehnt und den Christlichen größte Zurückhaltung in politischen Dingen empfiehlt.

Ohne Wehrmacht keine Außenpolitik.

Obz. — Den Abschluß der deutsch-österreichischen Zollunion können wir außenpolitisch als einen kleinen Lichtblick bezeichnen. Deutschland hat es einmal gewagt, selbständig zu handeln, ohne vorher seinen Zwingherrn Frankreich um gnädige Genehmigung zu bitten. Wir erkennen an, daß die beiden Außenministerien die diesbezüglichen Verhandlungen geheim geführt und die Welt vor die vollendete Tatsache gestellt haben. Das Geschrei der anderen Mächte wird unsere Regierung hoffentlich nicht einschüchtern und zu Abänderungen veranlassen. Der unverschämte Ton, den man in Paris anschlägt, und die Frechheit, mit der man sich in Dinge einmischt, die keinen anderen als die beiden befreundeten Mächte angehen, zeigen, was man uns immer noch zu bieten magt. Dieses dreiste Auftreten ist nur auf Deutschlands Wehrlosigkeit zurückzuführen. Wehrlosigkeit ist gleichbedeutend mit Ohnmacht.

Um den zur Befriedung Europas erforderlichen Rüstungs-ausgleich zu erhalten, müssen wir aufrühen. Eine erfolgreiche Außenpolitik können wir erst dann treiben, wenn wir über eine Rüstung gebietende, unserer Bevölkerungszahl entsprechend große, mit modernen Kampfmitteln ausgerüstete Wehrmacht verfügen, da die anderen Mächte, vor allem Frankreich, zu gar nicht daran denken, ihre Rüstung entsprechend der Bevölkerungsanzahl auf den Stand der deutschen Rüstung zu bringen, und so durch Abrüstung nach der Abmachung des Versailleser Vertrages Rüstungsgleichheit zu schaffen. L.

50 Millionen Februar-Steuerausfall.

Obz. — Der Rückgang der Reichsteuereinnahmen hält auch im Februar an; das Defizit gegenüber der erparierten Einnahmehöhe beträgt annähernd 50 Millionen Reichsmark. Im einzelnen betragen die Einnahmen des Reiches im Monat Februar 1931 bei dem Besitz- und Verkehrsteuern 406,6 Mill. Reichsmark, bei den Zöllen und Verbrauchssteuern 22,6 Mill. Reichsmark, zusammen 629,2 Mill. Reichsmark. Die Mindereinnahmen im Februar 1931 belaufen sich bei der Körperschaftsteuer auf 1,2 Mill. Reichsmark und bei der Umsatzsteuer auf 3,4 Mill. Reichsmark. Bei den Verbrauchssteuern sind im Februar im ganzen 22,6 Mill. Reichsmark weniger eingekehrt als im Januar. Noch ungünstiger wirkt sich dieser Ausfall bei den Gemeindesteuern aus, so daß teilweise die gesamten Haushaltsrechnungen illusorisch werden. Die Steuerzahler sind eben bis zum letzten durch die untragbaren Lasten ausgeplündert, so daß die Zahl der überhaupt Leistungsfähigen immer mehr zurückgeht.

Der Weltkrieg mit seinem Verlauf rief ein neues Zeitalter auf den Plan. Wir sind am Ende mit dem kapitalistischen Zeitalter der ungehemmten Wirtschaftsentwicklung und der Sinnfindung des Lebens im Rennen nach dem Gelde. Was andrückt ist das Zeitalter der Lebenspflege des einzelnen und der Nation. Es gilt, den Wert des einzelnen, samt seiner Formung als Mensch, nach den Leistungen zu bemessen, die er für das Volksganze vollbringt.

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz!“

Das wird die Lebensparole des einzelnen und wird sie für das ganze Volk sein. Damit findet sich die Staatsraison auf den Boden des wesentlichsten Fundaments der christlichen Kirche, der Nächstenliebe, zurück. Wer wird bei dieser Erfahrung nicht davor schauern, daß die Partei, die angeblich den christlichen Glauben hätte will, das Zentrum, im widerlichsten Kampfe sich befindet gegen diese heilige Bewegung und sich sogar seit 12 Jahren verbrüdet mit jener anderen Partei, die mit der Zerschlagung der Religion und des organischen Staatsgebildes die Klassenherrschaft aufrichten will.

Nicht anders urteilt Pius X., der auf eine Anfrage der spanischen Bischöfe wörtlich erwiderte:

„Man kann von niemandem unter Betonung der Gewissenspflicht den Eintritt in eine bestimmte politische Partei fordern unter Ausschließung der anderen. Man kann nicht behaupten, daß jemand verpflichtet sei, auf seine eigenen christlichen politischen Überzeugungen zu verzichten, da auf dem rein politischen Gebiete verschiedene Meinungen gestattet sind.“

Klarer und unzweideutiger kann in dieser wichtigen Frage von höchster Stelle aus kaum Stellung genommen werden. Auch Pius XI. hat durchaus eindeutig seinen Standpunkt klargestellt. Im Herbst 1922 richtete er an die italienischen Bischöfe ein Schreiben, in dem es heißt:

„Selbstverständlich kann man dem Bischof und dem Priester nicht das Recht bestreiten, als private Bürger eigene politische Meinungen und Bevorzugungen zu haben, vorausgesetzt, daß diese den Vorschriften des rechtschaffenen Gewissens und den religiösen Interessen nicht zuwiderlaufen. Aber es ist gleichzeitig klar, daß sich sowohl Bischöfe wie Priester durchaus den Parteikämpfen fernzuhalten haben, und daß sie über jeden rein parteipolitischen Zwist erhaben sein sollen.“

Unverkennbar führt also ein gerader Weg von Leo XIII. über Pius X. bis in die Gegenwart. Die Päpste sind sich in der Ablehnung der Parteipolitik völlig einig gewesen. — Es ist daher ganz und gar unkatolisch zu sagen: „Wer nicht Zentrum wählt, ist nicht katholisch.“ Das Gegenteil ist der Fall. Darum: Auf zum Volksbegehren!

Dr. S o i n k a, kath. Divisionspfarrer i. R.

DIE ANDERE MEINUNG

Aus Groß-Mannheim.

Der Bürger und seine Stadt. (Herrn Oberbürgermeister Dr. Heimerich in geziemender Achtung gewidmet.)

In der letzten Ausgabe der Mannheimer Zeitschrift „Die lebendige Stadt“ ist von unserem Oberbürgermeister ein Leitartikel erschienen, betitelt „Der Bürger und seine Stadt“. Die darin niedergelegten Gedanken sind zum Teil so „anregend“, daß wir es uns nicht verkneifen wollen, dieselben auch unseren Lesern zugänglich zu machen, zumal diese Leser ihre „lebendige Stadt“ meist nur von den drückenden Alltagsorgen der absterbenden Gegenwart kennen.

Du wirst zuerst staunen, lieber „Hakenkreuzler“ — Entschuldigung — lieber Leser des infamen Heßblättchens der „Hakenkreuzbanditen“ — wenn du feststellen mußt, was doch unser O. B. als „erster Bürger seiner Stadt“ für ein flammender Patriot ist! Jawohl! In der Partei des Herrn Crispian, bekanntlich des Mannes ohne Vaterland, sitzen Leute, die, wenn sie wollen und müssen, auch ganz anders können!

Mit Genugtuung stellen wir fest, daß unser O. B. wenigstens in Bezug auf unsere Stadt im Wesentlichen nichts mehr und nichts weniger predigt, als das, was wir Hitlerleute seit unserem Bestehen nicht nur für eine Stadt, sondern für ganz Deutschland, für unsere Heimat und unser Volk geltend haben wollen.

Doch lassen wir unseren O. B. selbst zu Wort kommen: „Was weiß der Durchschnittsbürger einer Großstadt eigentlich heute von seiner Stadt, ihrem Organismus, ihrer Verwaltung und ihren mannigfaltigen Einrichtungen? Es ist im allgemeinen betrüblich wenig.“

„Es müßte eigentlich in jeder größeren Stadt eine städtische Werbungs- und Aufklärungsstelle sein, die dafür zu sorgen hätte, daß der Bevölkerung die wichtigsten Dinge aus dem Stadtleben immer wieder in besonders anschaulicher Weise nahegebracht werden. Presse und Schule können große Teile dieser Aufgabe erfüllen, indem sie nicht nur Stadtgeschichte pflegen, sondern ihre Leser und Schüler auch mit den aktuellen Problemen des Stadtlebens immer wieder bekanntmachen.“

Nachdem dann festgestellt worden ist, daß „besonders kühne Oberbürgermeister (!) auch nicht davor zurückgeschreckt sind, wichtige Probleme der Stadtverwaltung in öffentlichen Volksversammlungen zu erörtern“ — (wieviel Kühnheit müßte Herr Heimerich jetzt für eine solche Versammlung aufbringen!) — kommt der Wunsch:

„Jedenfalls sollte man von Zeit zu Zeit über aktuelle Fragen der Stadtpolitik öffentliche Vorträge veranstalten...“ Und dann, was besonders wichtig ist:

„Ganz besonders wichtig ist es, in einer Stadt neben verantwortungsbewußten Einzelbürgern Vereinigungen, Gesellschaften, Klubs, gewissermaßen Zellen zu haben, welche in bewußter Weise Gemeininn und Bürgerinn pflegen und diese Gesinnung auf ganz bestimmten Gebieten betätigen.“

Selbstverständlich soll alles zum Wohl und zum Gedeih der eigenen Stadt und somit zum Nutzen ihrer Einwohner, der Mitbürger, geschehen. Merkst du was, lieber Leser! Muß das jetzt ausgerechnet ein Sozialdemokrat sagen, ein Vorkämpfer und Kämpfer der Partei, die seit Jahrzehnten, insbesondere aber seit der glorreichen Börsenrevolte vom November 1918 nichts eifriger getan hat, als genau die gleichen Ideen, sofern sie für unsere gesamte Heimat — Deutschland — ausgesprochen wurden, in der geschäftigsten Weise zu bekämpfen, lächerlich zu machen, ja, sogar bei einzelnen Gelegenheiten zu verbieten!

Nehmen wir noch den einen Satz:

„Es kommt darauf an, die Zahl der Einrichtungen, die von der Bevölkerung geliebt und getragen werden, zu vermehren und sie damit zu wirklichen Symbolen des Stadtgeistes zu machen.“

Erheben wir, nein, — verallgemeinern wir das Wort „Stadtgeist“ mit „Volksgest“, so enthält dieser Satz des Herrn Heimerich in konzentrierter Form nicht weniger als den wichtigsten Teil des — erschrick nicht, lieber Heimerich — Programms „der verfluchten Hakenkreuzler“!

Die Lüge über Pfarrer Streng.

Die „Religiösen Sozialisten“ eröffneten über den Pfarrer Streng eine Verleumdungsaktion, um dessen Suspendierung vom Amte zu verlangen. Die sozialdemokratische, demokratische und bezweckende Weise auch die Zentrumspresse brachten dieselben Verleumdungen. Daraufhin wurde von kirchlicher Seite eine Untersuchung eingeleitet, die folgendes Ergebnis hatte:

Die Schmückung des Altars mit den „Mordwerkzeugen“ hat feinergeit stattgefunden bei der kirchlichen Trauerfeier für den ersten im Krieg gefallenen Waldwimmersbacher, also schon im Jahre 1914. Es hat sich daraus ein Ortsbrauch gebildet, der bei jeder Trauerfeier für einen Gefallenen und, nach dem Ende des Krieges, an jedem Volkstrauertag innegehalten wurde. Pfarrer Streng ist aber erst seit dem Februar 1929 in Waldwimmersbach; er hat also diesen Brauch nicht eingeführt, auch sonst nicht irgendein Faschist; jene Ausschmückung erfolgte schon unter der Amtsführung der Pfarrer Krieger und Dürr, welche politisch überhaupt nicht hervorgetreten sind. Die ganze Sache hat also mit dem Faschismus nichts zu tun und

Wahrhaftig! Gelingt es einmal, das deutsche Volk in der Liebe für die Symbole seiner großen Vergangenheit und in dem Willen zur eigenen Gestaltung seiner Zukunft zu einigen, zum bewußten Träger seines Schicksals in einer von Gott bestimmten Blutgemeinschaft zu machen, dann ist das Ziel, für das wir Nazis täglich kämpfen und für welches bereits Hunderte von unseren Kameraden Blut und Leben gelassen haben, erreicht!

Aber, aber! Herr Oberbürgermeister, zu den Symbolen, von denen Sie sprechen, zu den Einrichtungen, die von der Bevölkerung geliebt werden sollen, gehören nach unserem Verstehen in erster Linie auch die sogenannten „Spitzen“, die „Leiter“, die „Ratgebenden“, die „Geschäftsbestimmer“ dieser Bevölkerung! Und zu Lehteren gehören in Ihrem konkreten Falle Sie selbst und die Stadtverwaltung!

Statt darüber zu klagen, daß „es nicht gelungen ist, den Verfassungstag zu einer gemeinsamen, alle einigenden Feier zu machen“ und daß „nicht einmal bei der Gefallenengedenkfeier sich die Gegensätze überbrücken lassen“, müßte man doch erst nach den Gründen solcher und ähnlicher Tatsachen fragen. Die „Verfassung“, in der sich das deutsche Volk jetzt noch fast dreizehn Revolutionsjahren befindet, ist so wenig „feierlich“, daß man es nicht übernehmen kann, wenn bei der letzten „Verfassungsfeier“ in Berlin die begeisterten Verfassungshänger mit warmen Würstchen herbeigeholt werden müßten. Und bei der Entweihung so mancher Gefallenengedenkfeier und Heldenehrung standen Ihre Bufenfreunde zu oft Schmiere, wenn der von ihnen verhehete Böbel sich Ausschreitungen erlaubte, die bei jeder anderen Kulturaktion absolut unmöglich wären.

Ihre „angeborene Bescheidenheit“, in welcher Sie in diesem Falle die „Gesamtliebe der Bevölkerung“ wenigstens auf das Strandbad vereinnamen wollen, wäre anderswo mehr am Platze. Auch Theater und die Konzerte seines Orchesters werden bei dem Mannheimer Arbeiter und Kleinbürger (und nur diese sind ja nach Ihrer Feststellung die eigentlichen Träger des Stadtgeistes!) nicht die von Ihnen angestrebte Liebe abgewinnen können. Schon aus dem einfachen Grunde, weil diese Einrichtungen für das überwiegende Gros der verarmten Mannheimer Bevölkerung längst nicht mehr zugänglich sind.

Sie schreiben in der Mitte Ihres Artikels: „Es darf nicht so kommen, daß sich die Verwaltung einer Stadt schließlich einem chaotischen Zustand gegenüber sieht, in dem nur die verschiedenen Interessen aufeinanderstoßen, sondern es gilt immer wieder, um Verständnis zu werden für das Wie und Warum der einzelnen Verwaltungsakte.“

Sehen Sie, Herr Oberbürgermeister, hier liegt der Hund begraben! Die chaotischen Zustände, die in Deutschland immer mehr um sich greifen und von denen letzten Endes mit absoluter Zwangsläufigkeit auch unsere Stadt betroffen wird, werden so lange schlimmer werden, bis das deutsche Volk auf das „Wie“ und „Warum“ keine Antwort finden kann.

Oder: Wie ist es möglich, daß dieselbe Verfassung, die das „souveräne Volk“ sich feierlich gegeben hat und die mit oder ohne Würstchen jährlich zu feiern ist, durch einen Federstrich einzelner Zeitgenossen in unerhörtester Weise gebrochen werden kann?

Oder: Warum ist die öffentliche Meinung in Deutschland an die deutsch geschriebene Judenpresse aller Schattierungen, von schwarz bis knallrot, verpackt?

Oder: Warum muß der Mannheimer Prolet bei einer Hungerunterstützung der Fürsorge draußen in den schlimmsten Kriegslagerstätten mit Frau und Kind langsam verrotten, indes die noch steuerzahlenden Volksgenossen bis aufs Blut geschrapft werden, damit mit ihren Geldern z. B. der so „glücklich“ erstellte Palast, genannt „Palasthotel“, in der Augusta-Anlage mit über einer Viertelmillion jährlichen Zuschusses aus Steuergebern bestehen kann, weil sonst die reichen Juden und andere Genießer ihre sequellen Abenteuer in nicht ganz so vornehmen Stätten erleben müßten.

Der deutsche Arbeiter der Faust und der Stirn verlangt Antwort! Und er wird sich die Antwort holen!

der Kirchengemeinderat von Waldwimmersbach bittet den Oberkirchenrat, ihm die schon 17 Jahre alte örtliche Übung zu belassen.

Ferner befreit der Kirchengemeinderat von Waldwimmersbach, daß in der Kirche jemals eine Hakenkreuzfahne an der Kanzel angebracht gewesen sei. Richtig ist, daß bei der Reichsgründungsfeier eine alte Reichsfahne mit dem Reichsadler an der Kanzel angelehnt stand. Diese war ohne Vorwissen des Pfarrers und Kirchengemeinderats von einer von auswärtig gekommenen Schar hingestellt. Wie wenig der Ortspfarrer an diesen Dingen beteiligt ist, geht daraus hervor, daß er noch vor den Angriffen gegen ihn an einem gewöhnlichen Sonntag eine nationalsozialistische Gruppe veranstaltet hat, ihre Hakenkreuzfahne nicht mit in die Kirche zu nehmen, sondern vorher in einem Hause abzustellen. Endlich ist festgestellt, daß an nationalen Festtagen alle Vereine, auch sozialistische, von jeher mit ihren Fahnen in die Kirche kamen und ihre Fahnen am Pfarrstuhl oder an der Sakristei aufstellten.

Daraus ergibt sich, daß der Oberkirchenrat keinen Anlaß hat, gegen Pfarrer Streng wegen faschistischer oder sonstiger

Berichtigung.

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes bitte ich Sie um Aufnahme folgender Berichtigung:

Unter der Spitzmarke „23 000 Risten Milch verdorben“ haben Sie über einen Herrn Messinger auf Seite 4 von Nr. 15 Ihres Blattes vom 11. April 1931 geschrieben. Dazu habe ich folgendes zu sagen:

1. Ich heiße nicht Messinger, sondern Mösinger und bin kein galizischer Jude, sondern christlicher Kettion.
2. Es handelt sich nicht um 23 000 Risten Milch, die verdorben sind, sondern um ca. 14 300.
3. Diese Milch wurde nicht verschoben oder zu Unrecht zurückgehalten, sondern es war das Lager, das meinem normalen Handelsgeschäft durchaus entsprach.
4. Durch die Befehung des Hofens war mir der Verkauf unmöglich und die leicht verderbliche Ware wurde schwer geschädigt.

All das wurde ganz eingehend von den zuständigen Stellen untersucht in jeder Hinsicht und alles durchaus korrekt gefunden. Die Sache ist schon seit etwa 3 1/2 Jahre endgültig erledigt.

geg. Wilhelm Mösinger.

Wie wir uns überzeugt haben, stimmen die Erklärungen des Herrn Mösinger mit den Tatsachen überein. Es liegt uns natürlich fern, gegen deutsche Volksgenossen irgendwelche Anschuldigungen auszusprechen, die den Tatsachen nicht entsprechen. Wir freuen uns, daß Herr Mösinger in seiner Handlungsweise absolut gerechtfertigt dasteht, und daß dieser geschändete Skandal sich als eine Dichtung herausgestellt hat. Wir sind das Opfer falscher Information geworden, die uns wieder einmal zeigen, mit welchen Mitteln heute gearbeitet wird. Ob der Schlag gegen die Person des Herrn Mösinger oder gegen den Ruf der Zeitung und damit gegen die NSDAP. gerichtet war, werden wir noch untersuchen, um den Verleumder entsprechend anprangern zu können. Wir waren im guten Glauben, da das sogenannte Material durch verschiedene Hände gegangen war und uns von zuverlässiger Seite geliefert wurde. Wir haben gesehen, wie vorsichtig wir jetzt im Zeichen des Generalangriffs sein müssen, da offenbar auch auf diesem Wege gegen uns zu kämpfen versucht wird. Auch hier soll man uns gewappnet finden.

Großer NS. Betriebsrat-Erfolg!

Bei den Angestellten-Wahlen bei der Firma Stog-Kontakt in Mannheim-Neckarau erhielt die nationalsozialistische Liste auf den ersten Anlauf 3 Sitze im Angestelltenrat. Im Betriebsrat erhielten wir ebenfalls 1 Sitz.

Die Wahl hatte folgendes Ergebnis:

Liste 1 Freie Gewerkschaften . . . 92 Stimmen 4 Sitze.
Liste 2 Nationalsozialisten . . . 69 Stimmen 3 Sitze.

Im Betriebsrat:
Liste 1 Freie Gewerkschaften . . . 2 Sitze.
Liste 2 Nationalsozialisten . . . 1 Sitz.

Es ist das erstmal, daß wir in den Betrieben eigene Listen aufgestellt haben und wurde uns dieser Erfolg zuteil! Jetzt kann die „Volkstimme“ und „Arbeiterzeitung“ von der Nazi-Blüte in den Betrieben berichten!

Bargeldloser Verkehr.

Es ist bekannt, daß das Finanzamt (von so manchem verflucht) den bargeldlosen Verkehr allenthalben zu fördern sucht. Dieses Ziel ist bald erreicht; denn wenn's so weitergeht, ist die Masse der Steuerzahler bargeldlos in kürzester Frist! Lynkeus.

Der Arbeiter u. Beamte aller Berufe trägt



wegen seiner vorzüglichen Qualität
und Passform, sowie unübertroffenen
Preiswürdigkeit

Carl Fritz & Cie
H 1, 7 Breitestraße H 1, 7

Parteiagitation in der Kirche durch Aufstellen von Fahnen und dergleichen vorzugehen.

Damit hat die elende Verleumdung ihr Ende gefunden und Herr Pfarrer Eckert wird sich auf die Suche begeben müssen, eine Klage für seine Entlassung irgendwo anders zu finden. Bezeichnend ist dabei, wie genau es die „Religiösen Sozialisten“ mit der Wahrheit nehmen. 4-6.

Vor Betrachtung stellt und Handwerker der flaj In We glich des der Wei Förderer ein Ehze Haus al und Jud würdiges blügerei noch weit bekannter bezogen um einen bei der C Totengrä schließ. werker k zujamm Gewerber Handwer in Hand Wir find Dank wil werden f

Die um sich zeigen, n Ein nteur, mi hat, muß Würde“ wurden, Lage sind Sich groß die Man das für seine Aber? — Auf früheren für die fassung u georgt. gekürzt. Dafür u andere I kratie, vo legenheit in Abfal Neft ihre „Freiheit für die eine gro Vor

Die Sch Kriege 541 Sch kommen fände in mehr als einer hül Zahlen, zeigen d bestehen 51 Direk 39 Dire geringere Für kisten, nur Zur Artikel „Badisch“ — Seh lehrer zu

Re

Re

Re

Von der Bergstraße

Fördert das Handwerk!

Vor einiger Zeit hatten wir an gleicher Stelle kritische Betrachtungen zur Reichshandwerkerwoche in Weinhelm angestellt und hierbei von sogenannten Förderern des Weinhelmer Handwerks gesprochen. Wir stellen heute einen weiteren Herrn, der sich um das Handwerk besonders verdient gemacht hat, vor. In Weinhelm lebt ein Geschäftsmann der Schuhbranche, Mitglied des Einzelhandels, ein abgefügter Großwüchsenträger der Weinhelmer Kathausfraktion der SPD. Doch dieser Förderer des Handwerks bei einem Mannheimer Möbeljuden ein Wohnzimmer kaufte, und in später Abendstunde vor seinem Hause abladen ließ, ist bei der Verwandtschaft von Sozjen und Juden nicht zu verwundern, immerhin aber ein merkwürdiges Gebahren eines Einzelhändlers, der seinen Mitbürgern predigt: „Kauft am Platz!“ Befagter hat sich aber noch weitere Verdienste um das Handwerk erworben. Aus der bekannten billigen Bezugsquelle hat er einen Gasbadeofen bezogen und so wiederum einen einschlägigen Geschäftsmann um einen Verdienst gebracht. Es ist sehr bedauerlich, daß sich bei der Stadt zugelassene Handwerker, dazu hergeben, diesen Latengräbern ihres Gewerbes, die Apparate auch noch anzuschließen. So lange diese Tatsachen bestehen, haben die Handwerker kein Recht, über schlechte Zeiten und Schwarzarbeit zu jammern. Herr Stadtrat Brüdert ist als Vorsitzender des Gewerbevereins der berufene Vertreter der Interessen des Handwerks. Er möge sich einmal für diese Dinge, die gerade in Handwerkskreisen zur Genüge bekannt sind, interessieren. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Handwerker ihm hierfür Dank wissen. Fortsetzungen aus der Fülle unseres Materials werden folgen.

Ein kleiner Blick in Kemmeles Zauberreich.

Abteilung Gewerbeschulen.

Die Bonzokratie an den Gewerbeschulen hat bereits derart um sich gegriffen, daß einmal notwendig erscheint, klar zu zeigen, was hier geschehen ist und noch geschehen wird.

Ein akademisch gebildeter Gewerbelehrer, Dipl.-Ingenieur, mit besten Zeugnissen, der 2 Jahre unsonst unterrichtet hat, muß zusehen, wie in dem System von „Schönheit und Würde“ an den Gewerbeschulen Bonzistenstellen geschaffen wurden, während Leute, die tatsächlich etwas zu leisten in der Lage sind, auf der Straße liegen.

Sicher ist unser Kultusminister darüber unterrichtet, wie groß die Not unserer heranwachsenden jungen Arbeiterschaft ist. Man dürfte danach annehmen, daß der Herr Dr. h. c. Kemmele für seine zukünftigen „Klassengenossen“ väterlich besorgt sei! Aber? —

Auf die Fachausbildung der Lehrlinge richtete man in früheren Jahren das Hauptaugenmerk. In erster Linie wurde für die Ausbildung in technischem Rechnen, Kalkulation, Abfassung von Geschäftsbriefen und sonstigen wichtigen Dingen gesorgt. — Heute hat man viele der wichtigsten Fächer gekürzt, wie technisches Rechnen, Fachzeichnen, Kalkulation etc. Dafür unterrichtet man heute an Stelle von Wirtschaftskunde andere Dinge. Man erzählt dem Lehrling dafür von Demokratie, von der Reichsverfassung und anderen modernen Angelegenheiten. Im Deutsch-Unterricht werden die Schüler nicht in Abfassung von Geschäftsbriefen unterrichtet, sondern man liest ihnen pazifistische Verse vor und läßt sie Aufsätze über „Freiheit, Schönheit und Würde“ schreiben. Scheinbar um für die Ausbildung der Schüler besser zu sorgen, schuf man eine große Anzahl Gewerbeschul-Direktorenstellen.

Vor dem Jahre 1918 bestanden in Baden 61 Gewerbeschulen mit 49 Gewerbeschulvorständen und 12 Direktoren. Die Schülerzahl betrug vor dem Kriege 33 000, nach dem Kriege sogar nur 28 400. Früher kamen auf einen Direktor 541 Schüler, während heute auf einen Direktor 360 Schüler kommen! Vor dem Kriege standen die 49 Gewerbeschulvorstände im Range eines Gewerbelehrers und verdienten nicht mehr als ein Gewerbelehrer. Nur die 12 Direktoren waren in einer höheren Gehaltsklasse und bezogen RM 400.—. Diese Zahlen, die wir aus dem Holzmann'schen Jahrbuch errechneten, zeigen deutlich, wie nach dem Kriege verfahren wurde. Heute bestehen 77 Gewerbeschulen mit 26 Gewerbeschulvorständen und 51 Direktoren mit einem Monatsgehalt von RM 800.—, also 39 Direktoren mehr, als vor dem November 1918. Trotz geringerer Schülerzahl!

Für die Gewerbelehrer, die heute noch die Hauptarbeit leisten, hat man nichts getan, keine Besserstellung, sondern nur Zurücksetzung gegenüber den anderen Kollegen. In einem Artikel „Gewerbelehrer — Studienräte“ kann man den Beweis dafür in der „Neuen Badischen Landeszeitung“ und der „Badischen Presse“ nachlesen.

Seht bleibt die Frage offen, wer seit 1918 vom Gewerbelehrer zum Direktor avancierte. Festgestellt sei, daß der größte

Wachenburgstraße.

Vor zwei Jahren bereits, bei Beginn der Arbeiten des ersten Bauabschnitts hatten wir erklärt, daß der Bau der Wachenburgstraße keine Patentlösung der Erwerbslosenfrage in Weinhelm sein werde. Man war damals und auch Anfang dieses Jahres vor die unausschießbare und undankbare Aufgabe gestellt, Arbeit für die Erwerbslosen und diesmal in erster Linie für die Ausgesteuerten zu beschaffen. Die Genehmigung des diesjährigen Bauabschnitts kam zustande, trotz der passiven Resistenz der Sozja, die aus ihren Schwimmbadwehen auch dieses Jahr nicht herauskommen wollten. Man kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß der Bau der Straße zur Zeit das kleinere Übel zur Behebung der Arbeitslosigkeit war. Der Fürsorgeaufwand der Stadt wird entlastet, eine Tatsache, die umso erfreulicher ist, als die Arbeiten ohne Zuschüsse seitens des Landesarbeitsamts ausgeführt werden.

Die dort beschäftigten Erwerbslosen erhalten nach einem neuerlichen Beschluß des Stadtrats einen Stundenlohn von 88 Pf gegen 76 Pf bisher, also immerhin eine Erhöhung im Rahmen des der Stadt Möglichen. Die Arbeiten selbst nehmen einen flotten und guten Verlauf und sind innerhalb drei Wochen bereits beachtlich vorwärts gekommen. Es wird also auch in diesem Falle, der Ausführung durch die Stadt selbst, gearbeitet. Das muß anerkannt werden. Man möchte wünschen, daß die Erwartungen der Stadtbürger in Erfüllung gehen, die neue Straße möge für Weinhelm eine Belebung des Fremdenverkehrs bringen. Wenn man gleichzeitig infolge eines neu erschlossenen Baugebiets, für eine Wertsteigerung des von der Straße tangierten Geländes eintreten würde, wäre auch das ein Fortschritt, der manchen Skeptiker hinterm Schmolzwinkel hervorrufen würde. In dieser Erwartung darf man den Arbeiten einen weiteren guten Verlauf wünschen.

Teil Katholiken sind und nur ein geringer Teil Protestanten, oder deutlicher gesagt, der größte Teil sind Zentrumsleute und Sozja. Der verbleibende kleine Teil ist bestimmt nicht nationalsozialistisch. Wir stellen die Frage, ob hier die Möglichkeit im Beruf ausschlaggebend war? Wenn ja, dann gibt es nur tüchtige Gewerbelehrer unter den Schwarzen und Roten? —

Bis 1928 wurden die 5 großen Gewerbeschulen, wie Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim von einem Direktor geleitet. Heute sind die „Chefs“ durch Spitzendienst abgelöst und man teilt folgendermaßen ein:

Freiburg	2 Gewerbeschulen mit 2 Direktoren
Heidelberg	2 „ „ 2 „
Karlsruhe	3 „ „ 3 „
Mannheim	3 „ „ 3 „
Pforzheim	3 „ „ 3 „

Für diese Teilung stellte man alle möglichen Gründe in Betracht. Bei genauer Beachtung konnte man feststellen, daß

1. Die Teilung von den alten Direktoren gar nicht gewünscht war und sie ihrer Arbeit gut nachkamen,
2. wurden die Stellen nachweisbar nicht nach den Berufen der Bewerber vergeben,
3. wurde die Teilung in einer Zeit vorgenommen, in der man genau voraussehen konnte, daß die Schülerzahl an den Gewerbeschulen erheblich zurückgehen wird. (Kriegsgeneration.)

Die Folge wird sein, daß man heute Dienstalterzulagen der Nichtplanmäßigen, morgen die der Planmäßigen abbaut. Zum Schluß wird man schließlich Gewerbelehrer abbauen. Aber alle Direktoren thronen weiter!

Alle diese Neuerungen und republikanischen Fortschritte im badischen Musterlande wurden in Deutschlands größter Notzeit vorgenommen. Dafür gebührt unserem hochverdienten Dr. h. c. Kemmele der innigste Dank! — Hoch lebe das Unterrichtsministerium und das notleidende Handwerk! h—s.

Laßt Zahlen sprechen!

4.

Der Pleitegeier tummelt sich noch wie vor recht fleißig. Im ersten Viertel des Jahres neunzehnhundertdreißig sind fünftausend Konkurse und Vergleichsverfahren in Deutschland eröffnet. Kußer diesen waren noch tausend gemeldet, die, weil keine Masse vorhanden, der gerichtlichen Ablehnung unterstanden.

Lnkeus.

Herausgeber u. Verleger: Karl Lenz, N. d. R. für den Gau Baden. Hauptvertriebsleiter: Dr. med. et phil. G. Lorenz. Verantwortlich für Politik und Beilagen: Dr. Lorenz; für „Die engere Heimat“ und „Paroleausgabe“: Fritz Haas; für Anzeigen: Otto Heller, alle drei in Mannheim.

Buchdruckerei: Schmalz & Raschinger, Mannheim.

„Chape“.

Seit einigen Jahren entwickelt Litz besondere Talente. Was in seinen Warenhäusern als Ramsch erscheinen könnte, das verkloppt er mit Hilfe von saumäßig bezahlten Kräften in seinen sogenannten Einheitspreisgeschäften — die allenthalben den Deinanamen „Chape“ bekommen — für 10 bis 50 Pfennig. Mehr wird dafür nicht genommen. Was für seine Waren dort zum Verkaufe sich'n, das könnt ihr an folgenden Beispielen seh'n:

In Mannheim sind kürzlich, wie wir aus der „Feischer-Zeitung“ erfahren, siebzig Paar „Landjäger“-Würste, die verdorben waren, beschlagnahmt und vom Nahrungsmittelamt vernichtet. Keine Mannheimer Zeitung hat darüber berichtet!

In Mädingen-Gladbach wurde Käse verkauft, der unfreiwillig mit einer lieblichen Flüssigkeit getauft. Den Käse hatte man im Keller auf's Lager genommen; dort hatte ein Klotztablutrohr ein Loch bekommen, und die nicht gerade handelsübliche Flüssigkeit umspülte den Käse gründlich und längere Zeit. Der Geschäftsführer ließ sich nicht von Gewissensbissen reinigen, er ließ den Käse von der neuen Kruste (!) reinigen und ließ ihn verkaufen. — Die Sache ist vor Gericht gekommen. Es wurden mehrere Zeugen vernommen, und trotz aller Fagen, die der jüdische Verteidiger gemacht, galt dem Gericht der Wahrheitsbeweis als erbracht. —

Allen denen, die wegen angeblicher Billigkeit laufen, ihre Lebensmittel in den „Chape“-Ramschbuden zu kaufen, wo man ihnen schmerzlos das Fell über die Ohren zieht, wünsche ich einen gesegneten Appetit!

Lnkeus.

Selbsterkenntnis der Schwefinger Zeitung.

In der „Schwefinger Zeitung“ vom 7. April finden wir einen Artikel, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Er trägt die Ueberschrift „Lügen haben kurze Beine“. Um den Inhalt dieser Zeilen zu verstehen, muß man aber wissen, daß der Besitzer des Blattes der Jude Moos ist.

Ein altes Wort. Man hat es vergessen. Bielefach wenigstens denkt man nicht daran, will nichts von ihm wissen: Es kommt ja nicht mehr so sehr darauf an. Da man so viele Unwahrheiten hört, braucht man es auch nicht so genau zu nehmen. Und kann man dem Gegner eines ans Bein hängen, so heiligt der Zweck die Mittel. Es geht, so lange es geht. Und ein paar finden sich immer, die auch die offenkundigen Unwahrheiten glauben.

Man braucht keine Beispiele zu nennen, denn sie finden sich Tag für Tag. Was man in den letzten Jahren an Lügenhaftigkeit und Verdrehungskunststücken geleistet hat, besonders auf politischem Gebiet, macht einem Theristes alle Ehre. Und die Vielen sind doch darauf hineingefallen, sind mitgelaufen und haben sich nützen lassen für die dunklen Zwecke, die in rosenrot geschildert wurden.

Man kann es abwarten, bis sich der Sinn geändert haben wird. Es gibt im menschlichen Gemüße eine Art Selbstreinigung. Vielleicht hält man sich dann wieder etwas mehr an das Bewährte, das nun einmal nicht zu entbehren ist.

Diese Meinung der „Schwefinger Zeitung“ hatten wir für vollkommen richtig. Daß aber ausgerechnet der Jude Moos wegen der Lüge der Journalisten den moralisch Entrümpelten spielt, wird hoffentlich Selbsterkenntnis und vielleicht der erste Weg zur Besserung sein, denn sonst wäre es eine große Frechheit!

h—s.

„Volksbegehren“ für Hezapostel Edert.

Im kleinen Luisenpark, neben einem Milchhäuschen, ist an einem Tisch am Ostermontag nachmittag, vor sich einen papiernen Tisch, ein „religiöser Sozialist“.

Ich nehme an, daß ihr wißt, was das ist. Der Mann, den nur wenige bei seinem Treiben hören, sammelt Unterschriften für ein „Volksbegehren“ zugunsten des Herrn Pfarrer Edert, hinreichend bekannt in Mannheim, in der Pfalz und im badischen Land.

Ich hatte die Ehre, angesprochen zu werden um halb sieben. Bis dahin hatten ganze sechs Mann unterschrieben; und selbst, wenn er gelesen hat bis zum Anbruch der Nacht, hat der „Sozialist“ wohl kaum ein Duzend zur Strecke gebracht.

Die Polizei sei hiermit höflich befragt, was sie zu dieser neuen Werbemethode sagt, die bisher noch nirgends angewandt, die ihr aber sicher bereits bekannt. Der „Sozialist“ hat bis zum Abend seinen Stuhl gedrückt, ohne daß die Schupo mit ihm ist abgerückt. Etwas ganz anderes wäre geschehen, ich wette, wenn ein Nazi dort Unterschriften gesammelt hätte.

Lnkeus.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. Anfragen und Einsendungen ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

Ab 1. Mai

erscheint das „Hakenkreuzbanner“ zweimal wöchentlich.

Redner:
Hr. Karl Lenz,
N. d. R.

Konzert
der OS.-Kapelle

Am Montag den 20. April findet im Rosengarten in Mannheim
Hitler-Geburtstagsfeier
statt. — Jeder deutschgesinnte Mannheimer ist zur Stelle!

OS. Mannheim, gez. Lenz

Eintritt 40 Pf.
Kriegsbef. und
Erwerböl. 20 Pf.
Saalöffnung 7 Uhr
Beginn 8¹⁵ Uhr

Um das Lebenswerk des Freiherrn vom Stein.

Rede des Abg. Pg. Sprenger im Kommunallandtag.

(Schluß)

Nun fragte der sozialdemokratische Redner, wer die Schuld an dem verlorenen Kriege trage.

Nun, von was kommt die Armut? sagt Reuter, von der Boovette!

Wer hat den Munitionsarbeiterstreik gemacht? Wer ist dem streitenden Heer in den Rücken gefallen? Wer hat dafür gesorgt, daß die Friedensresolution im Reichstag gefaßt worden ist? Wer hat sie ins Ausland getragen?

Das sind alles Dinge, die unter der Führung der SPD. geschehen und zum größten Teil gerichtlich bewiesen sind. Und nun wollen Sie sich darüber beklagen, daß wir den Krieg verloren haben.

Aber der Hauptgrund der Not für die SPD. ist der 14. September! Das kann ich mir allerdings lebhaft vorstellen, daß das ein schwarzer Tag für die Sozialdemokratische Partei war.

Jahrzehntelang saßen sie im Parlament und schwiigten, benutzten sie ihre Aemter dazu, wenn es irgend möglich war, die Verände noch durch Korruptionszulagen seitens internationalen Reichweiches wesentlich zu erhöhen, saßen proffend, schlemmend und lüdernd allenthalben herum.

Derweil draußen im Volk eine Bewegung entfaltete, die dem Volk die Wahrheit brachte.

Bersprechungen und Hoffnungen, sagte Herr Apel, hätten die Nationalsozialisten dem Volke gemacht. Ich stelle fest:

Die Nationalsozialisten haben bis heute dem Volke keine einzige Bersprechung gemacht und machen auch keine.

In einer Angststunde habe das deutsche Volk gewählt? Mag sein, daß die sozialdemokratischen Anhänger diesmal in Angststunden zur Wahlurne gegangen sind.

Der Kapitalismus ging ins Ausland? Warum haben Sie ihn nicht festgehalten, Sie sind doch an der Macht in Preußen und im Reich, warum konnte das Kapital ins Ausland gehen? Weil Sie auf der ganzen Linie versagt haben. Auch in Bezug auf den Kapitalismus.

Man möchte dem Volke weis: durch diese Wahl hast du die Wirtschaft ins Schwanken gebracht und die Kapitalisten veranlaßt, aus Angst ihr Geld ins Ausland zu schaffen. In dem Augenblick, als dann Löbe wieder zum Präsidenten des Deutschen Reichstages gewählt worden war, verkündete die Börsennotiz nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt, die Kapitalisten hätten wieder Vertrauen zu Deutschland bekommen.

Wenn das der Fall ist, und durch die Wahl Löbes aufgelöst worden ist, so steht damit doch fest, daß Löbe der Vertrauensmann nicht nur des internationalen Kapitalismus, sondern der Judenheit in der ganzen Welt ist.

Herr Apel beklagt sich über Mord und Menschenverachtung, die im Augenblick durch das Land ziehen.

Wer zieht denn mit Mord und Menschenverachtung durch das Land?

Das Reichsbanner ist ausdrücklich gegründet worden, um durch Terror deutsche Volksgenossen an der praktischen Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte zu hindern.

Keinem Menschen kann übel genommen werden, wenn er sich in dem Augenblick, wo der organisierte Mord an ihn herantritt, seines Lebens wehrt.

Aber meine verehrten Damen und Herren, die Heze des Herrn Landrats Apel aus Höchst bekommt eine ganz besondere Note, wenn Sie erfahren,

daß sein eigener Sohn zur Zeit wegen Landfriedensbruchs und Ueberfalls auf Nationalsozialisten bei deutschen Gerichten angeklagt ist. (Hört! Hört! bei den Nat.-Soz. — Zurufe bei den Soz.-Dem.)

Sehen Sie, das sind die Vharisäer, die sich vor das Volk hinstellen und ihm Sorechtigkeit predigen, ihre Söhne aber zum Mord anstacheln und ins Land hinaus schicken.

Ihr Sohn, Herr Apel, führt sogar diese Handliten im Kreise Höchst und ist als solcher angeklagt. Sie haben also zuletzt das Recht, derart in der Öffentlichkeit aufzutreten.

Nun wende ich mich zu den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns. Der Herr Landeshauptmann hat uns

zunächst auch die Wirtschaftskrise vor Augen geführt und auf die Weltwirtschaftskrise hingewiesen, natürlich um damit anzudeuten, daß hier die Schuld daran liege, daß er nicht in der Lage sei, die Aufgaben, die der Provinzialverwaltung vorgezeichnet sind, reiflos zu erfüllen. Aber auch der Herr Landeshauptmann Lütich hätte seiner Erkenntnis zweckmäßig vorantstellen müssen, daß er nicht durch die Krise an und für sich, sondern durch die Politik der Reichsregierung und Landesregierungen gehindert ist, diese Aufgaben durchzuführen.

Herr Landeshauptmann, Sie sind doch in der Lage, verhältnismäßig weit an die Wurzel heranzukommen. Sie sind Mitglied des Reichsrats und haben sogar noch einen Genossen von der Sozialdemokratie, der Sie in diesem Reichstag manchmal unterstützte. Dort im Reichsrat ist der Boden gegeben, auf dem Sie die Grundlagen für eine gedeihliche Politik auch hier in der Provinzialverwaltung schaffen können.

Sorgen Sie dort dafür, daß endlich einmal mit der Young- und Erfüllungspolitik gebrochen wird, sorgen Sie dafür, daß das Wort Wirth's, der heute wieder dem Kabinett angehört, einmal Wahrheit wird: „Erst Brot und dann Reparationen!“

Der Herr Landeshauptmann wandte sich dann auch der schlechten Lage der Landwirtschaft zu. Die Landwirtschaft ist heute das Echo der gesamten Reichspolitik. Aber die Herren, die glauben, mit kleinen Mitteln den Bauern helfen zu können, haben sich schwer getret. Wo nichts mehr ist, gibt es nichts mehr zu beurteilen. Es ist ein offenes Geheimnis, das sogar bis hinaus in die Umgebung des Staatskommissars für den Osten, des unmöglich gewordenen Ministers Treutmanns gedrungen sein soll, daß dann, wenn das Osthilfegesetz zur Auswirkung kommen soll, längst kein Geld mehr da sein wird.

Man sage doch also dem Volke klar, was ist und rede nicht so, als ob man noch in der Lage wäre, der Landwirtschaft nennenswerte Hilfe zu bringen.

Ich war sehr verwundert, daß der Herr Landeshauptmann die Preislenkung hier überhaupt noch erwähnt hat.

Das deutsche Volk hat nämlich längst erkannt, daß die Preislenkungsaktion ist und bleibt, als was wir sie von Anfang an betrachtet haben: ein glatter Schwindel.

Ich möchte mich nur noch kurz einigen besonderen Dingen zuwenden, zunächst der Frage der Personalpolitik.

Auch für die Beamten des Landeshauses und der gesamten Provinzialverwaltung gilt noch jener Erlaß eines preussischen Ministers, der einen Verfassungsbruch darstellt, wonach nämlich die Beamten nicht Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sein dürfen. Ich verweise auf Artikel 130 und 118 der Reichsverfassung, wonach den Beamten die Zugehörigkeit zu einer Partei und zu allem, was damit im Gefolge steht, gewährleistet ist. Herr Landeshauptmann, ich bitte Sie, machen Sie sich nicht mit zum Dolmetscher und Handlanger dieser Minister, die die Verfassung gebrochen haben.

Zur Droffselung der Ausgaben für das Luftwesen! Man hat diesen Betrag bedeutend herabgesetzt. Ich habe im vorigen Jahre lange Ausführungen dazu gemacht und beziehe mich heute auf sie.

Solange es Reich und Staat verwehrt ist, das ganze Luftfahrtswesen in die Hand zu nehmen, ist es Pflicht, nicht nur Aufgabe der Kommunen, unser Luftwesen so auf der Höhe zu halten, daß es dem Kulturniveau und den Bedürfnissen des gesamten deutschen Volkes und Staates entspricht.

Die deutsche Luftflotte muß im Rahmen der uns aufgedrängten Verhältnisse aufgebaut und entwickelt werden und mit allen technischen Mitteln herausgebildet werden.

Wir haben die Pflicht, das zu tun, und wir Nationalsozialisten beantragen deshalb, diesen Fonds wieder auf RM. 75 000.— zu erhöhen.

Einige Bemerkungen zu der Politik der Landesbank. Auch die Landesbank — das zieht sich wie ein roter Faden durch alle Berichte hindurch — bezieht sich auf die erdrückenden Reparationslasten. Endlich mal ein Lichtblick.

Der englische Hitler!

Von Erich Koch, M. d. R.

NSPD. So richtig das Wort Mussolinis ist, daß der „Faschismus keine Ausfuhrware“ sei und so sehr dieses Wort sinngemäß auch für den deutschen Nationalsozialismus gilt, so zeigt sich der weltumspannende Charakter der heutigen Geburtsepoche doch in einer Reihe von Erscheinungen. Das ist kein Zufall, denn seit Gregor Strasser den Nationalsozialismus als die „Weltanschauung des 20. Jahrhunderts“ einführt und darin den großen Gegensatz zum Liberalismus des 19. Jahrhunderts aufdeutet, selbstem ist es klar und offensichtlich geworden, daß seine Auswirkungen die liberale Welt in irgendeiner Form erfassen und umändern werden.

So wundert es uns nicht allzusehr, heute in England eine Bewegung und einen Mann zu sehen, den die englische Presse „den englischen Hitler“ nennt und dessen Gedankengänge zweifellos große Ähnlichkeit mit denen des Nationalsozialismus aufweisen: Es handelt sich um den prominenten Führer der englischen Arbeiterpartei, bis vor kurzem einflussreichster Unterstaatssekretär im amtierenden Kabinett Mac Donald, Sir Oswald Mosley.

Mosley, einer der jungen, feurigen Führer der Arbeiterpartei, Mann der Tochter von Lord Curzon, dem letzten großen konservativen Politiker, war die große Hoffnung der Arbeiterpartei, der „Kronprinz“, wie er allgemein genannt wurde. Von hinreichender Beredbarkeit, ungewöhnlicher Intelligenz, phänomenaler Arbeitskraft, gelangte der junge Rechtsanwält nach seinem Anschluß an die Arbeiterpartei bald in die Spitzengruppe der Fraktion und wurde Staatssekretär in der 2. Regierung Mac Donald. Mit dem allmählich immer mehr offenbar werdenden Verfall der Arbeiterregierung, besonders in der Frage der Arbeitslosigkeit, nahm seine Kritik an den Maßnahmen der Partei immer mehr zu, sodas er schließlich als Zeichen seines Proteskes seinen Posten als Staatssekretär niederlegte. Dies verschaffte ihm nunmehr erst recht die Sympathie aller aktivisti-

schen Elemente in der Fraktion und Partei, dessen Führung er zusammen mit den schottischen Radikalen und — Oliver Baldwin, dem Sohne des konservativen Parteiführers, nunmehr übernahm.

Se unzufriedener diese Linke und vor allem die Arbeiterpartei im Land mit dem „Schiedemannkurs Mac Donalds“ (alles wiederholt sich) wurde, desto höher stieg der Stern Mosleys, von dem jeder eine durchgreifende Politik erwartete. Den Höhepunkt erreichte diese Stimmung, als Mosley schließlich ein genau ausgearbeitetes Programm zur Lösung der Arbeitslosenfrage der Regierung vorlegte —, die es verwarf.

Dieses Programm brach allerdings weitgehend mit den alten liberalen Vorstellungen in der Arbeiterpartei, insbesondere stellte sich Mosley auf die Seite der Gegner des Freihandels, forderte großzügige wirtschaftliche Zusammenfassung in England selbst, aber auch des ganzen Empire, einheitliche Zollverfassung usw., kurz den Einbau starker nationaler und autarker Forderungen in das alte Programm der Arbeiterpartei.

Als die Regierung unter dem überragenden Einfluß des alten Freihändlers Snowden das Programm Mosleys ablehnte, beantworteten dies zunächst verschiedene Minister und Staatssekretäre der Partei mit ihrer Amtsniederlegung „aus Gesundheitsgründen“. Dies und die zunehmende Popularität der „Linken“ machten schließlich die Parteiführung geneigt, das Programm Mosleys und seiner Freunde einem außerordentlichen Parteitag zu unterbreiten. Durch eine Zufallsmeinung von ein paar tausend Stimmen (jede Gruppe brachte etwa über eine Million für sich auf) blieb der alte Parteivorstand Sieger, Mosleys Programm verschwand.

Aber Mosley war nicht der Mann, den Kampf aufzugeben. Nach einer grandiosen Rede, in der er die Unfähigkeit der alten liberal-marginalistischen Lösungsversuche für die ungeheuren Probleme der Jetztzeit klar und überzeugend

Dadurch wird wenigstens in diesem Jahresbericht den breiten Massen des deutschen Volkes vor Augen geführt, wie sehr die Reparationslast sich in die Tat auswirkt.

Ein Wort schließlich noch den Zwangsversteigerungen. Das frühe Bild, das ich im vorigen Jahre über die Politik der Landesbank gemalt habe, wird ergänzt und bestätigt auf Seite 9 unter der Ueberschrift „Zwangsversteigerungen“.

In 288 Fällen waren Zwangsversteigerungen angeordnet, 72 Verfahren gelangten zur Durchführung.

Kurz und gut, auch hier tritt eben eine unbedingte Folge der ganzen Politik ein: nicht nur die allmähliche Erwerdung und Verteilung des gesamten Immobilienbesitzes, sondern, wenn hier nicht bald eingeschritten wird, wird schon in absehbarer Zeit das gesamte immobile Vermögen des deutschen Volkes praktisch in die Hände der Börsenjobber überführt sein.

Nun sind in den Etat 700.000 RM Ablieferungen eingesetzt. Diese Ablieferungen geben mir sehr zu denken.

Wenn die Landesbank gezwungen ist, solche Ablieferungen herauszuwirtschaften, so werden diese Gelder immer nur wieder aus den Armen herausgeholt, die Darlehen nehmen müssen.

Ich habe im vorigen Jahre schon darauf hingewiesen, daß die Landesbank wieder eine gemeinnützige Anstalt werden muß.

Auch die Verteilung der Lantienmen zeigt ein sonderbares Bild.

89.000 RM werden ausgeschüttet, davon kommt ein Drittel auf 20 obere Beamte und die anderen zwei Drittel auf 255 andere Beamte.

Ich glaube, hier ist man nicht mit gerechtem Maßstab vorgegangen. Ich bin der Auffassung, daß Schluß gemacht werden muß mit Lantienmenschen.

Schließlich möchte ich noch an die Landesbank eine Bitte richten.

Die Zinsen, die Sie für Sparguthaben gibt, betragen 5 Prozent, Sie nimmt aber 9 Prozent, wenn von ihr geliehen wird. Eine solche, beinahe 100prozentige Spannung geht über das Maß dessen hinaus, was ein gemeinnütziges Institut sollik nehmen dürfen; also herunter mit dem Zinsfuß.

Es ist heute schon wiederholt auf die Wiederkehr des Todesstages des Freiherrn vom Stein hingewiesen worden. Meine Herren, wenn Sie sich auf den Freiherrn vom Stein berufen, dann müssen Sie mit der ganzen Nachkriegspolitik brechen.

Freiherr vom Stein hat durch die Bauernbefreiung die Befreiung des deutschen Vaterlandes vorbereitet, der Freiherr vom Stein hat uns die Selbstverwaltung gebracht. — Sie aber haben durch Ihre Taten das Vaterland in Sklavensketten gefesselt, Sie haben die Selbstverwaltung durch Ihre Politik außer Kraft gesetzt. Sie haben kein Recht, sich auf den Freiherrn vom Stein zu berufen. Wir Nationalsozialisten sind dazu berufen, sein Lebenswerk durchzuführen gegen die heutigen Mächtigen.

(Bravo und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten. — Stürmische Zurufe von den Kommunisten: Mordmörder! Zuruf von der Tribüne.)

Das deutsche Buch.

„Geistige Grundlagen des Dritten Reiches“. Vor einigen Wochen wurde der Studienassessor Dr. Joachim Haupt von der preussischen Regierung gemahnt, weil er seine Primaner im Geschichtsunterricht auf die geistigen Strömungen hinwies, die zu einem neuen Deutschland führen. Im Aprilheft des „Weltkampfes“ (Monatsschrift für Weltpolitik, völkische Kultur und die Judenfrage aller Länder — Deutscher Volkerverlag, Dr. C. Voepfle, München — Preis RM. 2,40, Schill. 4,10 vierteljährlich, Einzelheft RM. 0,80, Schill. 1,50 und Porto, bringt er uns unter dem Titel: „Aus den drei Reichen deutscher Nation“ einen Beitrag zur Geschichtsauffassung und Verfassungsgeschichte. Er charakterisierte das 1000jährige Reich deutscher Nation, das durch Napoleon vollends im Trümmer sank, das zweite Reich von 1871, das individualistisch demokratisch war und daran zu Grunde ging. Im Interregnum seit 1918 sehen wir heute! Aber mächtig beugte sich das dritte Reich anzumelden! In ihm wird Volk und Staat eine Einheit, es wird der erste Nationalstaat der Deutschen sein! — Neben dieser volkstümlichen Geschichtsbetrachtung kommt der Schriftsteller Hans Hauptmann in einer temperamentvollen Abrechnung mit dem Herausgeber der „Schönen Zukunft“ in Wien zu Wort, der diesem nachweist, woher er seine Gedanken zur Wirtschafts- und Kulturpolitik entlehnt hat. In dem Abschnitt „Weltverjudung und Abwehr“ und im „Gedachten Tisch“ wird in farcistischer Form zu den täglichen Ereignissen Stellung genommen.

Völkische Buchhandlung, Mannheim P 5, 13a

beforgt jedes gute Buch.

nachwies, trat er mit seinen nächsten Freunden (darunter Oliver Baldwin) aus der Arbeiterpartei aus und gründete „die neue Partei“. Grundlage dieser „neuen Partei“, die er ausdrücklich als eine Partei des Nationalismus und des Sozialismus bezeichnete, bildete sein berühmtes Programm zur Arbeitsbeschaffung. Daneben nahm er weitgehend jene Gedankengänge der konservativen Exzeption, der „Reichsparteiler“, auf, die in einer engeren Zusammenfassung des ganzen Britischen Weltreichs als eines autonomen Staats- und Wirtschaftsgebietes die einzige Rettung Englands gegenüber Amerika sehen. Schließlich spielt bei Mosley die „Nationalisierung der Industrie“ und die Gedankenwelt des englischen „Gildensozialismus“ eine große Rolle — alles Ideen, die zweifellos viel Gemeinsames mit unserem Nationalsozialismus haben.

Wenn auch nach dem Vorhergesagten deutlich ist, daß der Titel „der englische Hitler“ zweifellos Herrn Mosley schmeichelt, denn bisher hatten seine Taten einen Vergleich mit denen unseres Führers nicht aus, so spricht doch daraus das Empfinden, daß sein Wollen in ähnlicher Weise gegenüber den Mächten des liberalen Kapitalismus und des ebenfalls liberalen Marxismus. Diese Erscheinung, daß nunmehr auch in England der Kampf gegen Kapitalismus und Marxismus aufgenommen und geführt wird, ist für uns deutsche Nationalsozialisten so erfreulich und ermutigend, ist sie doch ein Interpelland mehr dafür, daß die beiden internationalen Weltfeinde besiegt und überwunden werden, durch die „Weltanschauung des 20. Jahrhunderts“.



Continental-Standard- u. Continental-Klein-Schreibmaschine

Gebrauchte Maschinen werden in Zahlung genommen.

Generalvertrieb: **Karl Herr, Mannheim L 1, 2** · Fernsprecher Nr. 21518

Schuhe

aus dem
Schuhhaus Schütz
Weinheim
am Neckar

122

Kauft

Zigarillos v. 4 Pf. an
Zigarren „ 8 „
Tabake „ 25 „
Stumpen „ 10 „

U 2,1 **LUDWIG** U 2,1
Zigarrenhaus
Ansehensstelle der
Neu-Wälscherer Triumph

Achtung!

Herrn-Sohlen 2.80
„ Fleck 1.20
Damen-Sohlen 2.—
„ Fleck 0.90
Arbeitslose 10% Rabatt.

Schuh-Sohlerei Eichenloh
Inhaber: Karl Burger, Q 5, 11

SCHUH HENNIG

Qualitäts-Schuh-
waren aller Art
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Mittelstraße 16

Spezialwerkstätte für Klubmöbel

Hans Müller, Mannheim
nur Große Wallstraße 10
Telefon 42420

PHOTO-MAYER

Mannheim, P 3, 11
Fernsprecher Nr. 20026

Apparate
Entwickeln
Kopieren
Vergrößern

Versand nach auswärts.

Neues kauk. nußb. poliertes Schlafzimmer

herrliches Stück, anstatt
1050.— RM
für nur RM 600.—
abzugeben.

Seeberger, S 4, 16

Nationalsozialisten
treffen sich im gemü-
tlichen neu renov.
Kaffee-Restaurant
Klostergärtchen
„Sinner Export-Bier“
U 6, 13 am Ring

August Hess
Möbel - Werkstätten
Telefon 44173
MANNHEIM
Schwetzingerstraße 98

Anfertigung von
Wohnungseinrichtungen u.
Einzel-Möbel. Ständiges
Lager in Muster-Zimmern
Lieferung frei Haus.
Kein Zwischenhandel.

Paul Schelling
G 3, 16 372
Kolonialwaren - Feinkost - Landes-
produkte - Weine offen u. in Flaschen

Amerikan-Photographie-Salon
Billigstes Geschäft für moderne Photographie
Sonntags den ganzen Tag geöffnet.

Postkarten, Familienbilder, Offort- u. Paßbilder in
kürzester Zeit lieferbar. Für Photo-Amateur-
Arbeiten bes. billige Preise

Mannheim, L 8, 9
(Gegenüber Bezirksamt)

AUTOMOBIL-SATTLEREI
Heinrich Schneider, Mannheim
Schwetzingerstr. 118 · Tel. 42169

Anfertigung sämtl. Sattlerarbeiten, Polsterbezüge.
Allwetter-Verdecke, Gummimatten, Reihenhüllen,
Kühlerhauben, Kabriolett-Verdecke und
Federschutz-Gamaschen
D. R. G. M.

Heinz Disselhoff, Radio-Vertrieb
Weinheim a.d.B., Mülheimertalstraße 15

Beste Bezugsquelle für Pp.
Weltmarke Telefonken
Verführung unverwundlich im eigenen Haus.

Gaststätten-Anzeiger

Café „NIEDLICH“
am Herschelbad T 3, 10

Eig. Konditorei **Kaffee Kaut** Mittelstr. 22
Diesen Samstag und Sonntag Gastspiel von **Fritz Fegbeutel**
Ab 1. Mai jeden Samstag und Sonntag Stimmungsstück durch
den Rheinischen Stimmungsmaiker Albert Blum.

Kaffee und Konditorei
Gentes, Mannheim
U 2, 2 (am Herschelbad) U 2, 2
Gemütlicher Familienaufenthalt / ff. Kaffee
Reelle Bedienung Telefon 22803

Nationalsozialisten treffen sich im gemütlichen
Conditorei-Cafe-Fundis
Lange Rötterstraße 40 · Fernsprecher 52742
ff. Conditorei-Waren
vorzügliche Getränke

Treff-Cafe Schmidt
K 2, 18 Tel. 285 06
Täglich Konzert.

Restaurations z. kühlen Krug
ff. Biere und Weine
Reichh. Speisekarte 348
Inh.: Fritz Immerhaiser, Lutherstraße 27
 Metzger und Wirt.

Seeben erschien das neueste Werk von Werner Beumelburg
das sich an seine anderen Werke „Gruppe Bosenmüller“
und „Speerfeuer um Deutschland“ würdig anreihet.

Deutschland in Ketten
gebunden RM 6.50

Zu beziehen durch die **Völkische Buchhandlung, P 5, 13a**

Warnung!

Zwei anscheinend jüdische Firmen bieten an Ortsgruppen
und Wiederverkäufer Postkarten von Adolf Hitler und
anderen Führern zum Verkauf an, die unberechtigt nach
meinen Originalaufnahmen hergestellt, also gestohlen sind.
Trotz meiner Bemühungen ist es mir noch nicht restlos
gelungen diese Firmen, die unter Decknamen, arbeiten
herauszufinden. Ich bitte alle Parteigenossen, mir Angebote
solcher Firmen bekannt zu geben, die sich als Hersteller
solcher Karten ausgeben, damit ich sie gerichtlich belangen
kann. Die allein autorisierte Hersteller-Firma ist

Photo-Hoffmann, München
Amalienstraße 25

durch welcher allein Ortsgruppen und Wiederverkäufer
Gelegenheit gegeben ist, die Waren direkt zu beziehen.
Verlangen Sie kostenlos Preisliste.

Neuerscheinung!

Dr. Hjalmar Schacht:
Das Ende der Reparationen
Leinen gebunden RM 6.80, broschürt RM 6.20

Zu beziehen durch die **Völkische Buchhandlung, P 5, 13a**

Färberei BISCHOFF
Chemische Reinigungsanstalt
Läden: T 4a, 5 u. F 4, 10
Telefon 32046

Schnellste Lieferung Beste Bedienung

PREIS-ABBAU!

Färbt 76
Reinigt
Plisziert

schnell — gut — billig

PREIS-ABBAU!

VELENTEN SAMEN
auf feinsten Hülsen
in MANNHEIM
jetzt: **Marktecke G 2**
(vor H 2)
und Schwetzingerstraße 15

SPECK am Paradeplatz C 1 Nr. 7
Spezialhaus
indanthren
gefärbter Stoffe

**Herren-
Damen-
Bett-
WÄSCHE**
Grüne Rabatt-Marken.

FEINWÄSCHEREI Spez.: Stärke-Wäsche
K. Pfeffer Herrenleib- und Damen-
wäsche, Haushaltungs-
und Pfundwäsche
Fernsprecher 25138 J 3, 23 GARDINEN-SPANNEREI
Freie Abholung und Zustellung

Ausnahme-Angebot
Kammgarn - Anzüge
289 auf K'Seide gefüttert, farbig u. blau
RM 44.—, 46.—, 48.—
Herrenkleider - Etage P 2, 2

Adam Ammann
Spezialhaus
für Berufskleidung
Du 3, 1
Fernsprecher 337 89

Lange - Rötter - Drogerie
Theodor Hofmann, Mannheim
Lange Rötterstraße 16 Telefon 520 96

**Wein-Einkaufs- und
Verkaufs-Geschäft**
direkt vom Winzer
A. MESSERSCHMIED
Mannheim - Neckarvorstadt
Pestalozzistr. 35 — Telefon 31067
Tüchtige Vertreter gesucht.

PREISABBAU IN DER TAT!
KAPOK-MATRATZEN
HEUTE NUR NOCH: Telefon 27833
45.— 55.— 65.—

Eigene Herstellung - Beste Verarbeitung
Garantiert reiner Java-Kapok - Bester Leinwandrell
LUTZ WERKSTÄTTE T 5, 18
Zwangslos Besichtigung erbeten. Zahlungserleichterung 256

Schuh-Reparaturen
Wo?
Nur beim **„flinken Ludwig“**
S 2, 9, Mannheim R 4, 22
J 4, 5-6
Freie Abholung und Zustellung

Zur Einsegnung
Uhren
Gold- u. Silberwaren
Beatecke
K. Karolus, H 2, 14
Größe Auswahl, billigste Preise

Solide Möbel
sind von bleibendem Wert und sind wirklich die
dankbarsten und billigsten.

**Küchen-, Schlaf-, Spelse- und Herren-
Zimmer, Polstermöbel und Matratzen**
erhalten Sie zu bescheidenen Preisen bei
H. Schwalbach Söhne
Verkaufsräume M 7, 12a (Tattersall)
Polsterwerkstätte und Lager B 7, 4 332

Kauft Samen im Samenhaus!
Unsere Qualitäts-Samen
bringen stets Erfolg.
Alle Bedarfsartikel für den Garten
Vogelfutter, Hühnerfutter, Taubenfutter
Badisches Samenhaus, R 1, 7

Parteigenosse! Du willst etwas kaufen oder verkaufen, dann gebe deiner Zeitung dem „Hakenkreuz-Banner“ eine **„Kleine Anzeige“** Der Erfolg ist sicher. Unterstütze nie die gegnerische Presse! Annahmestelle: U 6, 24 und P 5, 13a